

AK INFOS



DIE VERTEILUNG VON VERMÖGEN IN ÖSTERREICH



WIEN

GERECHTIGKEIT MUSS SEIN

INTRO

Fast 90% der Menschen in Österreich sind der Meinung, dass die Ungleichheit zu groß ist (ISSP 2009). Eine große Mehrheit sieht die österreichische Gesellschaft heute als eine „Pyramide“ – viele Menschen unten, wenige an der Spitze. Dabei würde sich eine ebenso große Mehrheit eine breite Mittel- und obere Mittelschicht wünschen: Die Gesellschaft ist ungleicher, als es der Großteil der Menschen für richtig hält.

Der Vermögensbesitz ist in Österreich ungleich verteilt. 50% der Privathaushalte besitzen weniger als 5%. Das macht dann etwa nur den Gegenwert von einem oder zwei Autos und einem Sparkonto aus. Im Gegensatz dazu sind 5% der Haushalte Euro-Millionäre und haben zusammen fast die Hälfte des gesamten Privatvermögens. Je höher das Vermögen, desto extremer ist die Konzentration. Die Mehrheit ist zu Recht der Ansicht, dass sich hier die Waage zu stark in eine Richtung neigt.

Es gibt triftige Gründe, die Ungleichheit nicht aus dem Ruder laufen zu lassen. Staaten mit einer gleichmäßigeren Verteilung schneiden aufgrund handfes-

ter, objektiver Kriterien besser ab – bei Gesundheit, Zufriedenheit und Bildung ebenso wie bei Sicherheit und sozialem Frieden. Eine gerechtere Verteilung wirkt sich positiv auf wirtschaftliche Entwicklungen und Stabilität sowie auf demokratische Prozesse aus.

Vermögenssteuern erhöhen die Leistungsgerechtigkeit, weil sie es möglich machen, diejenigen zu entlasten, die sich ein Vermögen erarbeiten. Vermögenssteuern erhöhen die Chancengleichheit, weil sie nicht diejenigen aus der Verantwortung entlassen, denen ein Vermögen in den Schoß fällt. Und sie erhöhen die Steuergerechtigkeit, weil diejenigen, die es sich leisten können, auch ihren Teil zu den gemeinwirtschaftlichen Aufgaben beitragen.

Die Leistung, die über 3 Millionen AK-Mitglieder täglich erbringen, kann nicht hoch genug geschätzt werden. Wenn die Vermögenden ihren Teil beitragen, dann verfügt der Staat über die finanziellen Mittel, um in ausreichendem Ausmaß und hoher Qualität Dienstleistungen von der Kinderbetreuung bis zur Pflege zu erbringen.

DIE HAUPTAUSSAGEN IN KÜRZE: VIELE HABEN WENIG UND WENIGE HABEN VIEL

- 1. Die Mittelschicht hat bei Vermögen, im Gegensatz zu Einkommen, nur einen schmalen Teil des Gesamtvermögens.** Die untersten 50% besitzen weniger als 5% vom privaten Vermögen. 5% der Haushalte sind Euro-Millionäre und besitzen zusammen fast die Hälfte des Gesamtvermögens von etwa 1 Billion Euro.
- 2. Die Schiefe in der Vermögensverteilung wird sogar noch unterschätzt.** In den neuen Daten der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB), den besten verfügbaren Informationen zur Vermögensverteilung, wurden sehr vermögende Haushalte nicht überproportional in die Stichprobe einbezogen. So ging etwa kein Stiftungsvermögen in die OeNB-Studie ein. Da die Konzentration gerade an der Spitze der Vermögensverteilung extrem steigt, ist die Ungleichverteilung stark unterschätzt.
- 3. Vermögen sind nicht leistungsgerecht verteilt; vermögensreiche Haushalte erben mehr und öfter.** Während von den vermögensärmsten 20% der Haushalte nicht einmal 10% erben, waren es bei den reichsten 20% beinahe zwei Drittel. Noch deutlicher wird der Unterschied bei der Höhe der Erbschaften. Für die vermögensärmsten 40% betrug das Erbe in der Mitte etwas über 14.000 Euro, während sich die mittleren Erbschaften der vermögensreichsten 20% um 240.000 Euro bewegten.
- 4. Die Ungleichheit wird von 90% der Menschen in Österreich als zu hoch empfunden.** Es gibt tatsächlich triftige Gründe, die Vermögensverteilung nicht aus dem Ruder laufen zu lassen: Eine gerechtere Verteilung wirkt sich positiv auf wirtschaftliche Entwicklung und Stabilität, auf Gesundheit, Zufriedenheit und das Bildungsniveau, auf die Sicherheit und den sozialen Frieden, sowie auf demokratische Prozesse aus.
- 5. Vermögenssteuern sind ein Beitrag von jenen, die es sich leisten können, zur Finanzierung der gemeinschaftlichen Aufgaben.** Weil die Vermögen in Österreich so stark konzentriert sind, würden Vermögenssteuern nur einen sehr kleinen Kreis der Bevölkerung treffen, und dennoch substanzielle Einnahmen bringen. Sie können auch effizient eingehoben werden. Vermögenssteuern stellen so einen wichtigen Schritt hin zu mehr Chancengleichheit, Leistungs- und Steuergerechtigkeit dar.

DIE VERTEILUNG VON VERMÖGEN IN ÖSTERREICH

Vermögen sind in Österreich äußerst ungleich verteilt. Der private Vermögensbesitz ist in den Händen einiger weniger, die untere Hälfte verfügt über nahezu kein Vermögen. Es gibt – im Gegensatz zu den Einkommen – beim Vermögen nur eine schmale Mittelschicht. Zudem spielt für den Vermögensaufbau Erben – hinter dem keine eigene Leistung steht – eine zentrale Rolle.

Das zeigen die Daten aus der groß angelegten Erhebung *Household Finance and Consumption Survey (HFCS)*, also der Erhebung zur finanziellen Situation und zum Konsum von Haushalten. Sie wurde 2010, koordiniert durch die Europäische Zentralbank, in allen Euro-Staaten durchgeführt. In Österreich wurde sie von der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) vorgenommen.

Wie hoch ist das Vermögen?

Die privaten Haushalte sind in Österreich insgesamt nicht arm: Mit etwa 1.063 Milliarden Euro liegt ihr Bruttover-

mögen über 3½-mal so hoch wie das Bruttoinlandsprodukt. Im Vergleich zu den Staatsschulden war das Vermögen privater Haushalte sogar über 5-mal so hoch (siehe Grafik 1).

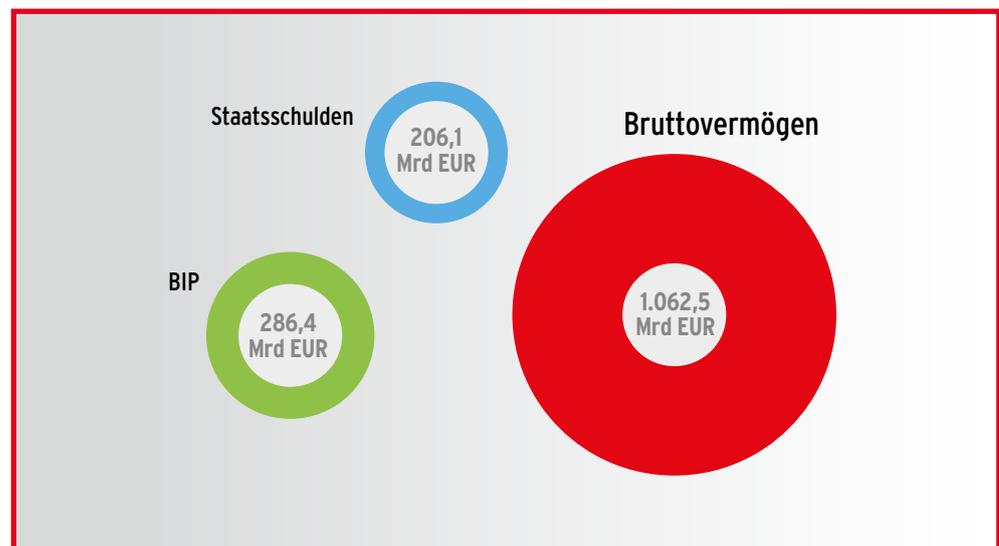
Wie ist das Vermögen in Österreich verteilt?

Das Vermögen ist aber extrem ungleich verteilt (siehe Grafik 2). Die reichsten 5% aller Haushalte verfügen über 45% des Bruttovermögens. Knapp 190.000 Haushalte besitzen somit zusammen fast 500 Milliarden Euro, beinahe die Hälfte des gesamten privaten Vermögens. Jeder dieser Haushalte nennt mindestens eine knappe Million Euro sein Eigen, im Durchschnitt sind es beachtliche 2,6 Millionen Euro (siehe Tabelle 1).

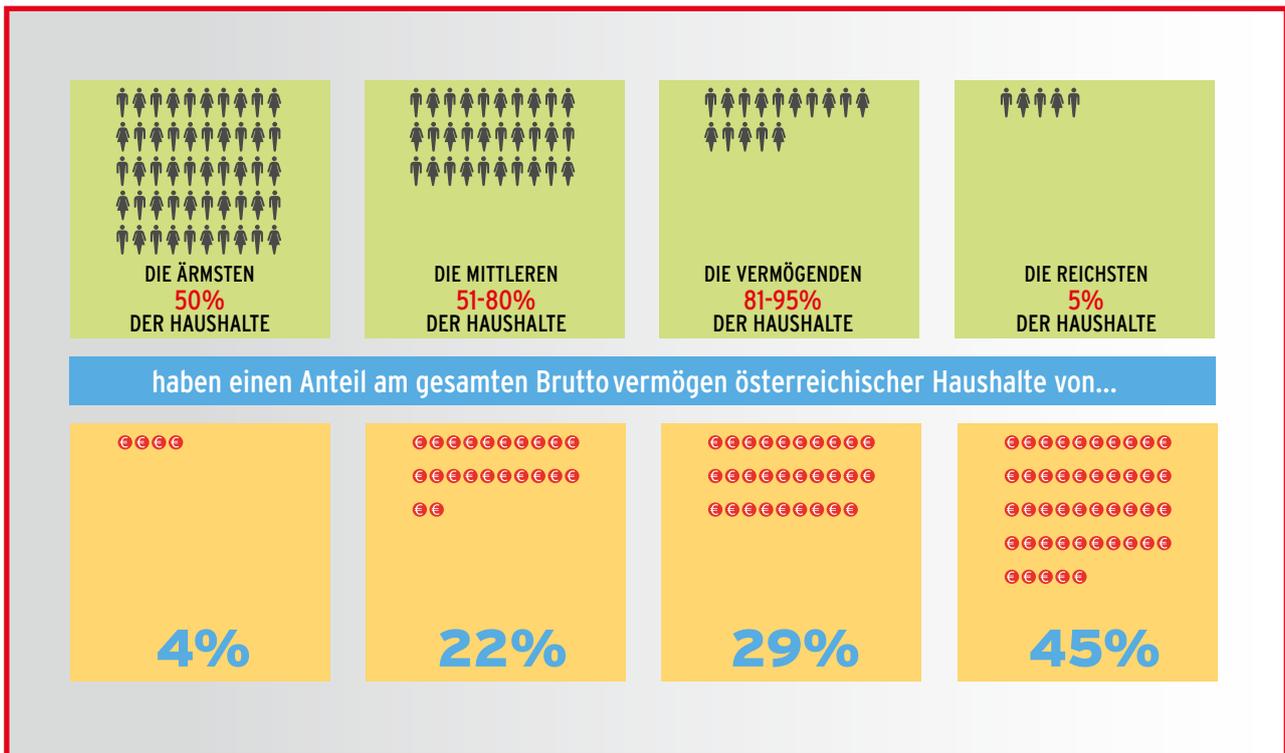
Neben diesen reichsten 5% gibt es noch 15% vermögende Haushalte. Das sind Haushalte, deren Vermögen zwischen 330.000 und 980.000 Euro liegt. Diese 15% vereinen beinahe 30% des

Grafik 1. Gesamtes Haushaltsbruttovermögen im Vergleich zum BIP und der Staatsverschuldung 2010, in Mrd. Euro

Quellen: HFCS Austria 2010, OeNB; Statistik Austria



Die Verteilung von Vermögen in Österreich



Bruttovermögens auf sich. Die obersten 20% aller privaten Haushalte Österreichs besitzen somit drei Viertel des gesamten Bruttovermögens.

Die restlichen 80% der Haushalte teilen sich das verbliebene Vermögensviertel (siehe Grafik 2). Davon entfällt der Löwenanteil des Vermögens auf Haushalte der „oberen Mitte“, die im Durchschnitt über ca. 200.000 Euro verfügen (siehe Tabelle 1). Sie halten über 20% des Gesamtvermögens. Somit verbleibt für die vermögensärmere Hälfte (50%) aller privaten Haushalte weniger als 4% des gesamten Bruttovermögens, rund 40 Mrd. Euro. Im Durchschnitt haben diese Haushalte ein Bruttovermögen von 22.000 Euro. Die untersten 25%

der österreichischen Haushalte halten nur noch ein Vermögen von unter 11.000 Euro.

Wie ist die Selbstwahrnehmung der Haushalte?

Die meisten Haushalte glauben, in der Mitte der Vermögensverteilung zu liegen (siehe Grafik 3). Am Ende jedes Erhebungsinterviews wurden die Haushalte gebeten, ihre Position in der Vermögensverteilung auf einer Skala von 1 (niedrigste Vermögen) und 10 (höchste Vermögen) einzuordnen. Die horizontale Linie in Grafik 3 zeigt die tatsächliche Verteilung, d.h. jeweils 10% der Haushalte befinden sich in der entsprechenden Vermögensgruppe. Entgegen

Grafik 2. Die Verteilung des Bruttovermögens österreichischer Haushalte, 2010

Quelle: HFCS Austria 2010, OeNB

Tabelle 1. Durchschnittliches Bruttovermögen ausgewählter Haushaltsgruppen, 2010

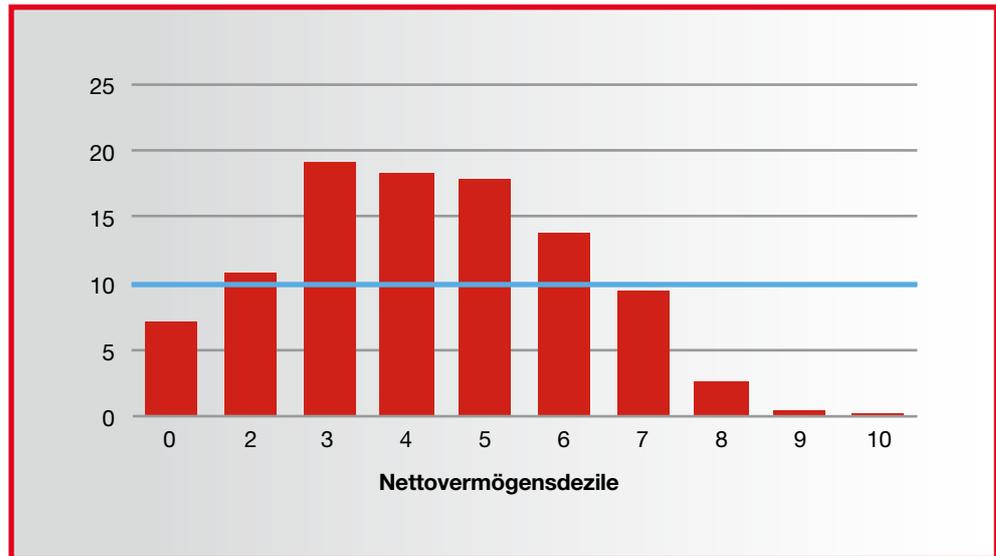
Quelle: HFCS Austria 2010, OeNB, eigene Berechnungen

	Die ärmsten 50%	Die mittleren 51-80%	Die Vermögenden 81-95%	Die reichsten 5%	Gesamt
Durchschnitts-Bruttovermögen	21.631 €	200.889 €	536.165 €	2.620.036 €	282.000 €

Die Verteilung von Vermögen in Österreich

Grafik 3. Selbsteinschätzung der Haushalte bezüglich ihrer Position in der Vermögensverteilung in %

Quelle: HFCS Austria 2010, OeNB



der tatsächlichen Verteilung sehen sich die meisten Haushalte in der Mitte der Vermögensverteilung. Vor allem Vermögensreiche aus den obersten 30% verschätzen sich in ihrer Position.

Wie setzt sich das Vermögen zusammen?

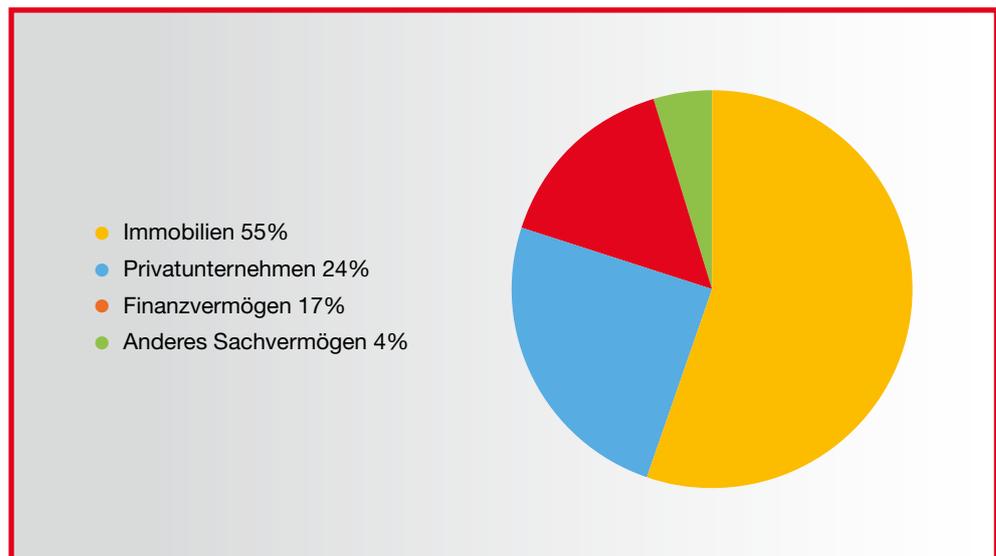
Die Arten von Vermögen, die Haushalte besitzen, sind sehr unterschiedlich. Beinahe alle Haushalte haben z.B. ein Girokonto, aber vermögensreiche Haushalte halten weit häufiger Aktien

und Unternehmensbeteiligungen (inklusive Landwirtschaften) als Haushalte in den unteren 50%.

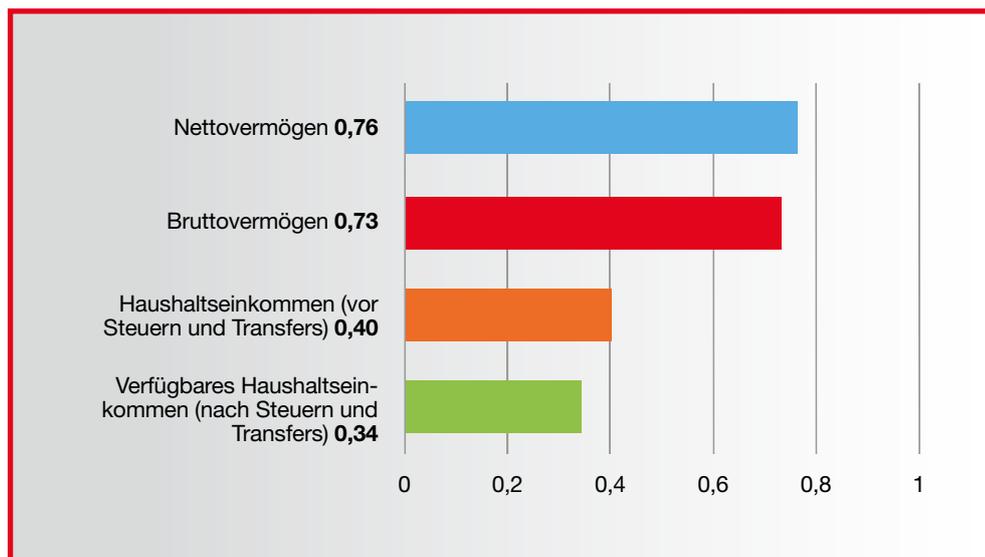
Der größte Teil des Vermögens österreichischer Haushalte ist Sachvermögen (siehe Grafik 4). Laut OeNB-Erhebung hat es eine Höhe von 886 Milliarden Euro. Sein hoher Anteil von 83% ergibt sich aus der großen Bedeutung von Immobilien und Unternehmensbeteiligungen. Selbstgenutzte Wohnungen und Wohnhäuser machen über 44% des gesamten Bruttovermögens aus, Immobilien ge-

Grafik 4. Die Zusammensetzung des Bruttovermögens österreichischer Haushalte, 2010

Quelle: HFCS Austria 2010, OeNB



Die Verteilung von Vermögen in Österreich



Grafik 5. Verteilungskennzahlen – ausgewählte Gini-Koeffizienten für Österreich, 2010

Quellen: HFCS Austria 2010, OeNB; EU-SILC 2010, BMASK

samt 55%. Unternehmensbeteiligungen (inklusive Landwirtschaften) haben einen Anteil von fast einem Viertel.

Das Finanzvermögen in Höhe von 176 Milliarden Euro macht lediglich 17% des Bruttovermögens aus. An der Erhebung haben allerdings keine „superreichen“ Haushalte teilgenommen. Diese halten jedoch als einzige Gruppe größere Teile ihres Vermögens in Finanztiteln. Deshalb ist die Höhe des Finanzvermögens insgesamt deutlich untererfasst.

Die Verschuldung der privaten Haushalte ist mit 63 Milliarden Euro oder 6% des Bruttovermögens relativ gering. Das Nettovermögen (Bruttovermögen minus Schulden) machte damit rund 999 Mrd. Euro im Jahr 2010 aus.

Wie stark ist die Vermögensschiefelage?

Die ausgeprägte Ungleichheit in der Verteilung von privatem Vermögen zeigt sich auch in Verteilungskennzahlen. Eine wichtige ist der Gini-Koeffizient. Er liegt zwischen den Werten 0 und 1, wobei 0 eine vollständige Gleichverteilung bedeutet und 1 eine Verteilung, bei der ein Haushalt das gesamte Vermögen hat. Der Gini-Koeffizient für das verfügbare

Haushaltseinkommen liegt bei 0,34. Der Gini-Koeffizient für das Bruttovermögen privater Haushalte in Österreich beträgt 0,73. Im Bereich der Einkommen greift der Staat umverteilend ein, im Bereich der Vermögen, die jedoch viel ungleicher verteilt sind, jedoch kaum.

Die starke Vermögensschiefelage wird auch von anderen Verteilungsmaßen bestätigt. Ein wichtiges Maß ist etwa der Vergleich von bestimmten Positionen in der Vermögensverteilung. So hat jener Haushalt an der Grenze zu den vermögensreichsten 10% ein Bruttovermögen, das 230-mal so groß ist wie das Vermögen jenes Haushalts, der an der Grenze zu den vermögensärmsten 10% liegt. Für die Grenzen zu den vermögensreichsten und -ärmsten 25% liegt dieses Verhältnis immerhin noch bei 1 zu 22. Die Vermögenskonzentration ist aber aller Wahrscheinlichkeit noch extremer als in der Studie dargestellt, insbesondere weil vermögende Haushalte untererfasst sind.

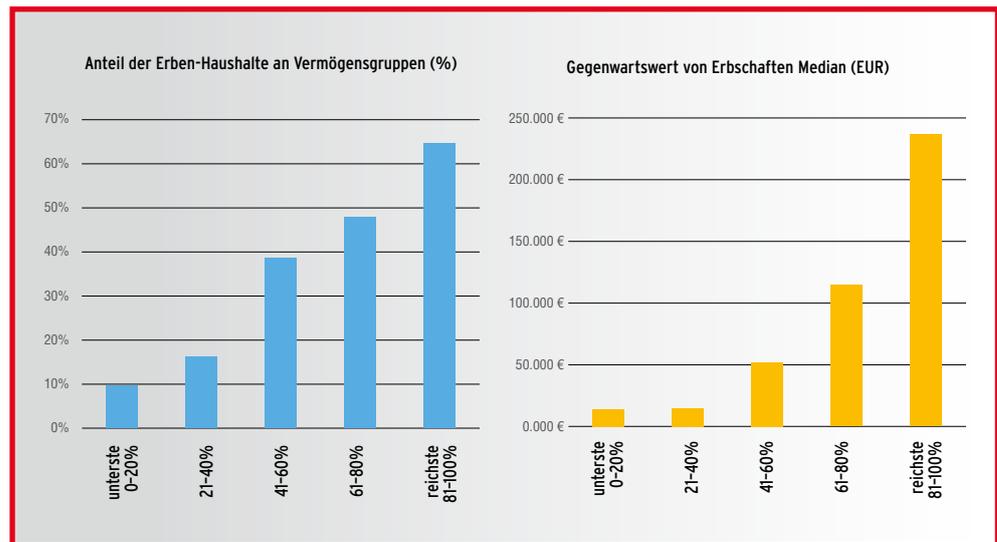
Wie viel Vermögen wurde geerbt?

Erbschaften spielen eine wichtige Rolle in der Vermögensverteilung in Österreich.

Die Verteilung von Vermögen in Österreich

Grafik 6. Erbschaften österreichischer Haushalte, Anteile und Mediane, 2010

Quelle: HFCS Austria 2010, OeNB



Etwa 15% aller Haushalte erben ihren Hauptwohnsitz. Bewertet nach dem Gegenwertswert 2010 summieren sich alle Erbschaften auf über 320 Mrd. Euro, also knapp ein Drittel des Gesamtvermögens. Insgesamt hatten zum Befragungszeitpunkt 35% aller Haushalte Vermögen geerbt, vermögensreiche Haushalte erben allerdings wesentlich häufiger (siehe Grafik 6 links). Während von den vermögensärmsten 20% der Haushalte unter 10% erben, waren es bei den reichsten 20% schon fast zwei Drittel. Noch deutlicher wird der Unterschied bei der Höhe der Erbschaften (siehe Grafik 6 rechts). Für die vermögensärmsten 40% betrug das Erbe in der Mitte etwas über 14.000 Euro, während sich die mittleren Erbschaften der vermögensreichsten 20% um 240.000 Euro bewegten.

Internationaler Vergleich

Verlässliche Daten zur Höhe und zur Verteilung von Vermögen privater Haushalte sind bislang nur für wenige Staaten verfügbar. Ein umfassender Vergleich wird ab der Veröffentlichung der HFCS-Daten für die gesamte Eurozone im Frühjahr 2013 möglich sein. Zwei Vorreiter bei

Vermögensdaten sind die USA und Italien. In den USA führt die Zentralbank seit 1989 den „Survey of Consumer Finances“ (SCF) durch, der als die weltbeste Vermögenserhebung galt und als Vorlage für den HFCS diente. In Italien wird der „Survey of Household Income and Wealth“ (SHIW) seit 1984 erhoben. Die US-Haushalte verfügten 2007 über ein Vermögen, das etwa 4,6-mal so hoch war wie das Bruttoinlandsprodukt (siehe Tabelle 2). Die reichsten 10% der Haushalte hielten knapp 72% des Vermögens, während die vermögensärmste Hälfte nur 2,5% hatten. Der Gini-Koeffizient lag bei 0,81. In Italien war das Vermögen der privaten Haushalte 2010 etwa 5½-mal so hoch wie das Bruttoinlandsprodukt¹. Der Anteil am Vermögen lag für die reichsten 10% bei 46%, für die vermögensärmsten 50% bei 9,5%. Der Gini-Koeffizient hatte eine Höhe von 0,62. Österreich

¹ Im Gegensatz zu den USA und Österreich, für die nur Erhebungsdaten zum Vermögen privater Haushalte vorhanden sind, gibt es für Italien Daten aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. Daher ist auch das geschätzte Gesamtvermögen in Italien im Verhältnis zum BIP höher als dies in den USA und Österreich der Fall ist. Das deutet auf eine Untererfassung des Vermögens in diesen beiden Ländern hin.

Hintergrundinformationen zur Vermögenserhebung

	Gini-Koeffizient	Anteil ärmste 50%	Vermögen/BIP
USA (2007)	0,81	2,5%	4,6
Österreich (2010)	0,76	4%	3,5
Italien (2010)	0,62	9,5%	5,6

Tabelle 2. Vergleich ausgewählter Vermögensdaten

Quellen: HFCS Austria 2010, OeNB; SCF 2007, FED; SHIW 2010, Bdl

liegt somit international bei Vermögen, anders als bei Einkommen, nach den bisherigen Daten bei weitem nicht am unteren Ende der Ungleichheitsska-

la. Der Gini-Koeffizient der österreichischen Vermögensungleichheit ist durchaus mit dem US-amerikanischen vergleichbar.

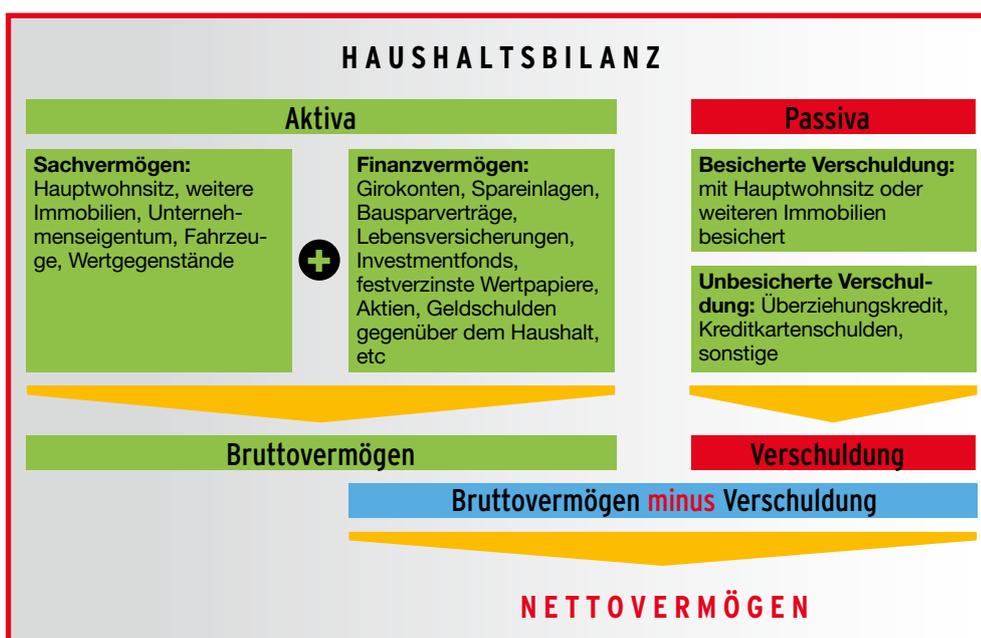
HINTERGRUNDINFORMATIONEN ZUR VERMÖGENSERHEBUNG

HÄUFIG GESTELLTE FRAGEN ZUR VERMÖGENSERHEBUNG

1. Wie wird das Gesamtvermögen errechnet?

Zur Berechnung des Gesamtvermögens werden das Sachvermögen (Immobilien, Fahrzeuge, Wertgegenstände und Unternehmens-

beteiligungen) und das Finanzvermögen (Einlagen, Bausparverträge, Versicherungen, Wertpapiere, etc.) addiert, um das Bruttovermögen zu erhalten (siehe Grafik 7). Zieht man davon die Verschuldung ab, erhält man das Nettovermögen.



Grafik 7. Zusammensetzung des Vermögens im HFCS

Quelle: HFCS Austria 2010, OeNB

2. Wie und warum wurde die Vermögenserhebung in Österreich durchgeführt?

In Österreich war es bis dato nicht möglich, wissenschaftliche Aussagen über die Verteilung des gesamten Vermögens privater Haushalte zu treffen, da nur Teilaspekte der Vermögenssituation beleuchtet wurden. Die einzigen Quellen waren bislang die Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung (GFR), die nur Auskunft über die Gesamthöhe des Geldvermögens privater Haushalte gibt, und die Erhebungen der OeNB zu Geldvermögen (2004) und Immobilienvermögen (2008) privater Haushalte. Dank des Bestrebens der Europäischen Zentralbank (EZB), vergleichbare Daten in der Eurozone zur Vermögenssituation privater Haushalte und deren Umgang mit Vermögen zu ermitteln, wurde der Household Finance and Consumption Survey (HFCS), also die Erhebung zur finanziellen Situation und zum Konsum von Haushalten, ins Leben gerufen. Die erste Befragungswelle des HFCS wurde 2010 in allen Ländern der Eurozone durchgeführt. Der HFCS arbeitet mit strengsten wissenschaftlichen Methoden und höchsten Qualitätsstandards. Die Daten wurden von der OeNB erhoben, von der Europäischen Zentralbank validiert und von der US-Amerikanischen Federal Reserve Bank begutachtet. Mit diesen Zahlen kann nun erstmals die Höhe und Verteilung des privaten Haushaltsvermögens in Österreich integriert analysiert werden.

3. Ist die Vermögenserhebung politisch motiviert?

Die Planung der Erhebung zur finanziellen Situation und zum Konsum von Haushalten wurde schon im Dezember 2006, also noch vor Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise, begonnen. Zu diesem Zeitpunkt wurde von der Europäischen

Zentralbank das Household Finance and Consumption Network (HFCN) gegründet, das für die inhaltliche und methodologische Konzeption des HFCS verantwortlich war. Das Ziel der EZB war, wichtige Erkenntnisse zu geldpolitischen Übertragungsmechanismen und zur Finanzmarktstabilität zu gewinnen.

Der methodische Aufbau orientiert sich stark an den Erfahrungen der US-Zentralbank, deren „Surveys of Consumer Finances“ seit den 1980er Jahren durchgeführt werden, und in der Wissenschaft als weltbeste Daten zu Vermögen anerkannt sind. Der Kern des HFCS ist für alle Staaten der Eurozone gleich, um eine Vergleichbarkeit der Daten zu gewährleisten. Die Auswertung der Daten wird von der EZB überprüft und validiert. Der HFCS zählt dank der sorgsam und umfassenden Konzeption zu den Spitzenreitern der exakten und achtsamen Datenproduktion bei Erhebungen.

4. Was ist der Unterschied zwischen der europäischen Erhebung zur finanziellen Situation und zum Konsum der Haushalte (HFCS) und einer „Meinungsumfrage“?

In einer Meinungsumfrage werden Menschen nach ihrer persönlichen Meinung über ein Thema befragt. Meinungsumfragen haben oft eine sehr kleine Stichprobe und diese ist meist nicht repräsentativ für die Gesamtbevölkerung. Die hohen Qualitätsstandards von wissenschaftlichen und amtlichen Erhebungen werden hier nicht erfüllt.

Der HFCS wird nach strengsten wissenschaftlichen und statistischen Kriterien durchgeführt. Die befragten Haushalte werden, den wissenschaftlichen Kriterien einer Wahrscheinlichkeitsstichprobe entsprechend, nach genau festgelegten Kriterien ausgewählt. Die Daten selbst werden EDV-unterstützt in persönli-

Die Daten wurden von der OeNB erhoben, von der Europäischen Zentralbank validiert und von der US-Amerikanischen Federal Reserve Bank begutachtet.

chen Interviews erhoben, und strenge Qualitätsrichtlinien bei der Auswahl der Interviewerinnen und Interviewer, der Schulung, der Feldzeit und der Datenkontrolle und -validierung angelegt.

Somit entspricht der HFCS den Qualitätskriterien der amtlichen Statistik. Eine große Zahl von veröffentlichten Daten der Statistik Austria beruht ebenfalls auf empirisch erhobenen Bevölkerungsdaten, wie etwa der Mikrozensus, die Armutsdaten (EU-SILC), die Konjunkturerhebung, und die Preis- und Konsumstatistik.

5. Was sind die größten Herausforderungen bei Vermögenserhebungen und wie wird damit beim HFCS umgegangen?

Zwei zentrale Schwierigkeiten sind die Teilnahmeverweigerung von Haushalten (Unit-Non-Response) und die Nichtbeantwortung von einzelnen Fragen (Item-Non-Response). Wenn diese Probleme bei Haushalten aus allen Vermögenschichten mit der gleichen Wahrscheinlichkeit auftreten würden, könnten sie statistisch gelöst werden, indem fehlende Information geschätzt wird.

Allerdings lehnen vermögende Haushalte eine Teilnahme an Untersuchungen zu Einkommen und Vermögen häufiger ab und verweigern öfter Antworten. Da das Vermögen aber stark auf wenige Haushalte konzentriert ist, fehlen Daten am oberen Ende der Verteilung gänzlich. Das Vermögen jener Haushalte, deren Vermögen über dem höchsten beobachteten Wert liegt, kann nämlich nicht geschätzt werden.

So floss kein Vermögen aus Privatstiftungen in den HFCS für Österreich mit ein, und es ist kein einziger Milliardärs-Haushalt erfasst worden. Sowohl das Gesamtvermögen als auch die Ungleichverteilung werden daher von dieser Seite stark unterschätzt.



© lightpoet - Fotolia.com

Eine mangelnde Erfassung ist auch am unteren Ende der Verteilung zu erwarten, etwa weil Personen in Anstalten oder ohne Anschrift von vornherein aus der Erhebung ausgeschlossen sind. Dadurch wird die Ungleichverteilung noch stärker unterschätzt. Allerdings macht die Untererfassung am unteren Rand für die Höhe des Gesamtvermögens aller Haushalte nach kaum einen Unterschied.

Bewusste Fehlangaben der Auskunftspersonen oder der Versuch der Irreführung sind hingegen ein geringeres Problem. Dank vielfältiger Computerunterstützter Plausibilitätstests und Kreuzkontrollen können sie üblicherweise schon während der Interviews identifiziert werden.

Das gravierendere Problem ist somit die Unterschätzung hoher Vermögen. Bei einer erneuten Erhebung ist es deshalb unbedingt notwendig, so wie international und auch in vielen Euroländern im Rahmen des HFCS üblich, gezielt mehr vermögensreiche Haushalte in die Stichprobenziehung aufzunehmen, um auch die extrem reichen Haushalte zu erfassen.

Es floss kein Vermögen aus Privatstiftungen in den HFCS für Österreich mit ein, und es ist kein einziger Milliardärs-Haushalt erfasst worden. Sowohl das Gesamtvermögen als auch die Ungleichverteilung werden daher von dieser Seite stark unterschätzt.

Hintergrundinformationen zur Vermögenserhebung

Viele Vermögende transferieren ihr Geld in Steueroasen. Das sind Orte mit einem Gesetzesrahmen, der es ermöglicht, die Steuergesetze und -regeln des Wohnorts zu umgehen.



Die Daten im Vergleich

Die neuen Daten zur Vermögensverteilung sind für Österreich einzigartig. Um die Ergebnisse einordnen zu können, werden sie hier mit bestehenden österreichischen Datenquellen verglichen.

Vergleich mit der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Für die Höhe des Gesamtvermögens ist der Vergleich der Ergebnisse mit den Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) am aufschlussreichsten. Die VGR enthält nämlich Daten über den Vermögensbestand in Österreich. Im Unterschied zu anderen europäischen Staaten wie etwa Italien, in denen die VGR auch Daten zur Höhe des Sachvermögens zur Verfügung stellt, sind in Österreich nur Informationen zur absoluten Gesamthöhe des Finanzvermögens privater Haushalte erhältlich. Diese sind aufgrund umfangreicher Auskunftspflichten von Banken an die OeNB sehr vertrauenswürdig.

In der Gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung der OeNB lag das Geldvermögen privater Haushalte, ausgenommen Bargeld, in Österreich im Jahr 2010 bei 452 Mrd. Euro. Nach den Ergebnissen des HFCS betrug das

Geldvermögen privater Haushalte 2010 hingegen 176 Mrd. Euro.

Woher kommt diese hohe Abweichung? Zunächst spielen Definitionsunterschiede eine große Rolle. In der VGR ist die Bevölkerung, deren Vermögen einbezogen wird, größer. Im HFCS sind etwa Personen in Institutionen (etwa Pflege- oder Haftanstalten) explizit nicht erfasst. Zudem ist die Abgrenzung zwischen Sach- und Finanzvermögen nicht in beiden Datenquellen einheitlich. So interpretiert die VGR Immobilienvermögen im Ausland als Immobilienbeteiligungen, und rechnet es daher dem Finanzvermögen zu, während es im HFCS ins Sachvermögen einbezogen wird. Schließlich definiert der HFCS Unternehmensbeteiligungen als Sachvermögen, wenn EigentümerInnen auch im Unternehmen arbeiten.

Eine zentrale Erklärung für den Unterschied liegt jedoch aller Wahrscheinlichkeit nach auch darin, dass reiche und superreiche Haushalte in der Erhebung unterrepräsentiert sind. So wurden Fragen zum Finanzvermögen häufiger nicht beantwortet als Fragen zu anderen Vermögensbestandteilen. Zudem ist die Verifizierung von Angaben zum Finanzvermögen im Vergleich zu Sachvermögen wie Immobilien oder

Autos stärker eingeschränkt (siehe häufig gestellte Fragen).

Aus dem Vergleich mit den Daten der VGR zeigt sich somit, dass der HFCS die Höhe des Vermögens, insbesondere des Finanzvermögens, privater Haushalte in Österreich wohl deutlich unterschätzt. Das legt nahe, dass die Verteilung des Vermögens in Realität noch ungleicher ist, als durch die Daten ausgewiesen. Der Grund dafür ist, dass Finanzvermögen tendenziell eine größere Rolle spielt, je vermögender der Haushalt ist.

Andere Quellen

Obwohl sich einige Studien mit Vermögensfragen auseinandersetzen, gibt es neben der VGR keine methodologisch robusten Untersuchungen, mit denen die Daten des HFCS verglichen werden könnten. Die zentrale Problematik ist dabei vor allem die Intransparenz der Studien, die es unmöglich macht, die Zahlen nachzuvollziehen.

In der Tendenz deuten aber Vermögensstudien wie etwa der D.A.CH – Vermögensreport der Investmentgesellschaft Valluga AG, die Erhebung der reichsten Haushalte Österreichs durch das Trend Magazin und Studien der Raiffeisen Bausparkasse zu den für die nahe Zukunft zu erwartenden Erbschaften darauf hin, dass das Vermögen österreichischer Haushalte in der OeNB Studie eine Untergrenze bildet.

Stiftungen und Steueroasen

Ein weiteres Indiz dafür, dass das vom HFCS erhobene Gesamtvermögen vermutlich den realen Wert unterschätzt, ist die Tatsache, dass kein einziger Haushalt mit einer Privatstiftung an der Erhebung teilnahm. Ein bedeutender Teil jener kolportierten 70 Milliarden Euro, die in Privatstiftungen angelegt sind, besteht aus Vermögen von reichen Privatpersonen. Sie haben dieses Modell

gewählt, um steuerliche Vorteile zu nutzen und ihr Vermögen zu schützen.

Darüber hinaus besteht bei der Erfassung der Vermögen privater Haushalte das grundsätzliche Problem, dass viele Vermögende ihr Geld in Steueroasen transferieren. Das sind Orte mit einem Gesetzesrahmen, der es ermöglicht, die Steuergesetze und -regeln des Wohnorts zu umgehen. Sie werden daher von reichen Haushalten genutzt, um Steuerzahlungen im eigenen Land zu reduzieren.

Die mangelnde Transparenz von Steueroasen verhindert eine genaue Erfassung der Vermögen, die hier versteckt werden. In einer groß angelegten Studie hat die Internationale NGO Tax Justice Network erhoben, dass etwa 10% des weltweiten privaten Vermögens von 231 Billionen US-Dollar in Steueroasen liegen. Sie errechnen allein durch die un versteuerten Vermögenszuwächse einen globalen Steuerausfall von 190 Milliarden US-Dollar jährlich. Über das Vermögen, das österreichische Haushalte in Steueroasen lagern, gibt es jedoch keine Zahlen. Hier mangelt es dem internationalen Finanzsystem an Transparenz und der Staatengemeinschaft an Durchsetzungsmöglichkeiten.

All diese Ausführungen zeigen, dass die Untersuchung des Vermögens und dessen Verteilung in Österreich noch am Anfang steht. Der HFCS gibt erstmals für Österreich einen umfassenden und methodisch einwandfreien Einblick in die Vermögensverteilung. Der speziellen Problematik der Untererfassung sehr vermögender Haushalte wird in den nächsten Wellen hoffentlich mit Hilfe eines Oversampling, also der Erhöhung der Anzahl vermutlich vermögender Haushalte in der Stichprobe, Rechnung getragen. Dafür bedarf es aber auch der Unterstützung der OeNB durch das Finanzministerium, das über hierfür relevante Informationen verfügt.

10% des weltweiten privaten Vermögens liegt in Steueroasen.

GESELLSCHAFTLICHE AUSWIRKUNGEN VON UNGLEICHHEIT

IST UNGLEICHHEIT PROBLEMATISCH?

Das gesellschaftlich wünschenswerte Ausmaß von Ungleichheit präzise festzustellen, ist unmöglich. Aber den Menschen ist bewusst, wenn sich die Waage zu sehr in eine Richtung neigt: In Österreich sind fast 90% der Menschen der Meinung, dass die Einkommensunterschiede zu groß sind (International Social Survey Programme 2009). Drei Viertel sehen zudem die österreichische Gesellschaft heute als eine mehr oder minder extreme Form der „Pyramide“ – viele Menschen unten, wenige an der Spitze. Dabei würden sich 80% eine Gesellschaft mit einer breiten Mittel- und oberen Mittelschicht wünschen (ISSP 2012). Die Gesellschaft ist ungleicher, als es der Großteil der Menschen für richtig hält. Auch bei Steuern ist den Menschen in Österreich klar, dass etwas schief läuft. Die Mehrheit ist der Meinung, dass reiche Personen zu wenig Steuern zahlen (SORA 2011).

Es gibt auch triftige Gründe, die Ungleichheit in einer Gesellschaft nicht aus dem Ruder laufen zu lassen. Wie die nächsten Abschnitte zeigen, wirkt sich eine gerechtere Verteilung positiv auf Wachstum und wirtschaftliche Stabilität, auf Gesundheit, Zufriedenheit und das Bildungsniveau, auf die Sicherheit und den sozialen Frieden, sowie auf demokratische Prozesse aus.

Wirtschaftliche Effekte von Ungleichheit

Einkommens- und Vermögensungleichheit schwächt die Entwicklung von Wirtschaft und Beschäftigung und führt zu wirtschaftlicher Instabilität. Diese ne-

gativen wirtschaftlichen Konsequenzen von Ungleichheit entstehen auf mehrere Arten: Zunächst über den Finanzmarkt, Verschuldung und das Anlageverhalten der Superreichen, aber auch durch eine allgemeine Wirtschaftsschwäche aufgrund fehlender Kaufkraft.

Die Konzentration von Vermögen in den Händen Weniger führt dazu, dass mehr Spielgeld auf den Finanzmärkten vorhanden ist. Vermögensreiche Personen tendieren zu riskanteren Anlageformen, die zwar höhere Renditen versprechen, aber auch ein höheres Verlustrisiko mit sich bringen. So halten Reiche etwa einen höheren Anteil ihres Vermögens in Aktien. Zudem besteht eine große Gefahr für die finanzwirtschaftliche Stabilität, wenn diese Risikogeschäfte schuldenfinanziert sind, weil schon geringe Wert- oder Einkommensverluste dazu führen können, dass die Schulden nicht mehr bedient werden können.

Diese riskanten Anlageformen können durch Entwertungen und Zahlungsausfälle Dominoeffekte auf den Finanzmärkten auslösen, wie die Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2007 zeigte. Neben den großen historischen Finanz- und Wirtschaftskrisen, etwa 1929 und 2007, zeigt sich, dass hohe Einkommens- und Vermögenskonzentration zu wiederholten, kleineren und größeren Finanz- und Wirtschaftskrisen führte. Dass diese insbesondere in jüngerer Vergangenheit (im Vergleich etwa zu den 1950er und 1960er Jahren) gehäuft auftreten, weist darauf hin, dass eine Machtverschiebung zugunsten von Kapitaleinkommen und Vermögen dabei eine Rolle spielt.

Es gibt auch triftige Gründe, die Ungleichheit in einer Gesellschaft nicht aus dem Ruder laufen zu lassen.

Gesellschaftliche Auswirkungen von Ungleichheit



Die Gesellschaft ist ungleicher, als es der Großteil der Menschen für richtig hält.

Wenn Vermögen politisch einen großen Einfluss haben, werden Finanzmarktregulierungen abgebaut und der Spekulation Vorschub geleistet. Damit kommt es vermehrt zur Bildung von Blasen an den Finanzmärkten. Wenn das Kartenhaus dann zusammenbricht, werden Banken und Versicherungen durch die öffentliche Hand gerettet und unterstützt, anstatt ihre reichen EigentümerInnen zur Kasse zu bitten. Dieses Vorgehen erhöht das Risiko nur weiter, weil diese FinanzmarktakteurInnen für ihre Aktivitäten nicht – wie sonst im freien Wettbewerb üblich – für die eingegangenen Risiken zur Rechenschaft gezogen werden. Zudem zeigt eine neue Studie des Internationalen Währungsfonds, dass höhere ökonomische Ungleichheit zu größeren Schwankungen des Wirtschaftswachstums führt. Wenn eine kleine Gruppe den Großteil der Einkommen und Vermögen erhält, dann kann die Nachfrage nicht mit den produzierten Waren und Dienstleistungen Schritt halten. Ärmere Gruppen verwenden nämlich einen höheren Anteil von ihrem Einkommen, um ihre Bedürfnisse abzudecken. Gemessen am Einkommen stellen sie somit überproportional die

notwendigen Absatzmöglichkeiten bereit, die es Unternehmen ermöglichen zu florieren. Insbesondere in der Krise, wenn Investitionen und Exporte einbrechen, ist der Privatkonsum zentral für die Stabilisierung der Wirtschaftslage. Hohe Ungleichheit führt hingegen zu geringerem Privatkonsum, und durch die niedrigeren Absatzmöglichkeiten für die Produkte von Unternehmen auch zu niedrigeren Investitionen. Eine ungleiche Verteilung untergräbt daher ein gleichmäßiges Wachstum, sowohl vor als auch nach Krisen.

Einige Länder versuchten, dieser strukturellen Nachfrageschwäche wirtschaftspolitisch gegenzusteuern: In den USA wurde die Verschuldung der Privathaushalte ausgeweitet, damit der Konsum mit der Produktion trotz der Einkommens- und Vermögenskonzentration mithalten kann. Diese Verschuldungsstrategie erwies sich als nicht nachhaltig. In Deutschland und Österreich wurde versucht, über den Export die inländische Nachfrageschwäche auszugleichen. Doch auch diese Strategie war nicht nachhaltig, denn sie kann nicht von allen Ländern der EU gleichzeitig verfolgt werden. Im EU

Binnenmarkt werden über 90% der hergestellten Waren und Dienstleistungen zwischen den Mitgliedsländern gehandelt. Wenn nur einige Länder exportieren und die anderen importieren, dann führt das zu wirtschaftlichen Ungleichgewichten. Wenn diese Staaten die gleiche Währung besitzen, bräuchten sie einen Ausgleichsmechanismus, der die Aufgabe des Wechselkurses übernimmt, ansonsten führt die ungleiche wirtschaftliche Situation zu enormen Spannungen, wie sich in der Eurokrise zeigt. Somit kann weder über die interne Verschuldung noch über Exporte das Manko der Nachfrageschwäche aufgrund ungleicher Verteilung ausgeglichen werden. Beide dieser Versuche, die Probleme der Ungleichheit zu umgehen, sind spektakulär gescheitert. Sie spielten in den USA und in Europa eine zentrale Rolle bei der Entstehung der Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2007. Höhere Ungleichheit führt somit zu geringerem Wachstum und stärkerer Krisenanfälligkeit durch eine strukturelle Nachfrageschwäche, sowie durch eine höhere Veranlagung in risikoreichen, spekulativen Finanzprodukten. Eine gleichere Verteilung hingegen führt zu größerem gesamtgesellschaftlichen Wohlstand und einem stabileren Wachstum.

Der Anstieg der Ungleichheit war für die Finanzkrise mitverantwortlich.

Soziale Aspekte der Ungleichheit

Ein gewisses Ausmaß von Ungleichheit in der Verteilung von Vermögen kann durchaus positive Auswirkungen haben, indem sie etwa Leistungsanreize erzeugt. Ungleichheit kann Menschen dazu motivieren, im Arbeitsleben hohe Leistungen zu erbringen, mit dem Ziel die Karriereleiter zu erklimmen, höhere Einkommen zu erzielen und Vermögen anzusparen. Allerdings wird die ungleiche Verteilung

von Vermögen problematisch, wenn die Unterschiede zwischen arm und reich unüberwindbar werden, und zu einer dauerhaften Privilegierung eines kleinen Teils der Bevölkerung führen. Das ist etwa insbesondere der Fall, wenn Vererbung für den Vermögensaufbau eine große Rolle spielt. Dann kann Entmutigung eintreten und die Gefahr sozialer Konflikte steigen.

Unabhängig von solchen psychologischen Effekten auf Leistungs- und Konfliktbereitschaft gibt es handfeste Belege für objektive negative Auswirkungen von starker Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen auf zentrale Bereiche der Gesellschaft. Westliche Staaten mit höherer Ungleichheit schneiden in Gesundheits- und Bildungsstatistiken schlechter ab und haben höhere Kriminalitätsraten.

Reichtum – nur schwarz oder weiß?

Für den 3. Armuts- und Reichtumsbericht in Deutschland, der die wissenschaftliche Forschung in diesen Bereichen fördert, wurden Einstellungen zum Reichtum untersucht. Dabei zeigt sich, dass „erarbeitetes“ Vermögen entsprechend der Leistungsgerechtigkeit positiv gesehen wird. Dabei werden auch die Vorteile von Privatvermögen für die Gesellschaft nicht übersehen: Wohltätigkeit, höhere Steuereinnahmen, höherer Konsum und die Schaffung von Arbeitsplätzen ebenso wie Aufstiegsstreben durch die Vorbildfunktion reicher Menschen.

Im Gegensatz dazu stößt Vermögensungleichheit, die durch strukturelle Ungerechtigkeiten des Wirtschaftssystems, Unehrllichkeit oder Beziehungen erlangt wurde, auf geringe Akzeptanz. Dabei sind es gerade diese Mechanismen, die als ausschlaggebend für große Vermögen gesehen werden. Das ist einer der

Gesellschaftliche Auswirkungen von Ungleichheit

Gründe, warum die Vermögensverteilung als zu ungleich empfunden wird.

Diese Ungleichheit wird auch als gesellschaftlich nachteilig wahrgenommen: Macht und Einflussnahme von Reichen, das Aufklaffen der Schere zwischen arm und reich, Steuerflucht, und ungleiche Teilhabe- und Verwirklichungschancen – das heißt, eine Zwei-Klassen-Gesellschaft – wird kritisiert.

Schließlich ist der Mehrheit klar, dass Lebensqualität nicht nur von immer mehr Reichtum, sondern von anderen Faktoren abhängt, unter anderem Gesundheit, Wohlbefinden und harmonisches Zusammenleben. Hohe Vermögensbestände können daher gerechterweise zur Finanzierung von gemeinwirtschaftlichen Aufgaben beitragen, die diese Ziele befördern.

Gesundheit, Bildung, Gleichberechtigung – und Ungleichheit?

Eine Reduktion von Ungleichheit trägt auch direkt zu einer höheren Lebensqualität für alle bei. Ungleichheit hat handfeste negative Auswirkungen auf eine Gesellschaft, wie die britischen WissenschaftlerInnen Richard Wilkinson und Kate Pickett zeigen. Es ist nämlich ab einem gewissen Niveau nicht die absolute Höhe des Einkommens eines Landes, sondern dessen gerechte Verteilung, die zu einem guten Abschneiden bei Gesundheit, Bildung und Sicherheit führt.

Denn in ungleichen Gesellschaften steigt der äußere Bewertungsdruck, wodurch Ängste zunehmen, Stress entsteht und Egozentrik verbreiteter wird. Soziale Beziehungen leiden unter dem Vertrauensverlust in ungleichen Gesellschaften – Vertrauen ist jedoch essentiell für ein effizientes Wirtschaften in einer Gesellschaft.

Diese negativen Effekte auf das soziale Klima schlagen sich in objektiv messbaren Kriterien nieder:



© auremar - Fotolia.com

Insbesondere im Gesundheitsbereich weisen ungleiche Gesellschaften schlechtere Ergebnisse auf. Vor allem für die Gesundheit von Menschen am unteren Ende der sozialen Hierarchie wirkt sich Ungleichheit negativ aus. So war die Lebenserwartung jener Schicht mit dem höchsten Einkommen in Großbritannien Ende der 1990er Jahre um 7 Jahre höher als jene der einkommensärmsten Schicht. Dabei ist nicht der materielle Lebensstandard, der in westeuropäischen Ländern auch für diese Gruppen für Gesundheitsversorgung ausreichend hoch ist, für die kürzere Lebenserwartung verantwortlich. Vielmehr ist bei gleicherer Verteilung das psychische Wohlbefinden, also sich glücklich und zufrieden zu fühlen, optimistische Zukunftsaussichten und ein selbstbestimmtes Leben zu haben, höher.

Dementsprechend weisen Gesellschaften mit höherer Ungleichheit deutlich höhere Zahlen an psychischen Erkrankungen auf. In den USA etwa litt im Jahr 2008 jeder vierte Erwachsene an psychischen Störungen, während es in Japan nur 8 Prozent waren. Vor allem Angstzustände sind sehr stark mit der Ungleichheit einer Gesellschaft korreliert. Auch bei Drogen gibt es eine klare Tendenz zu

Reduktion von Ungleichheit trägt auch direkt zu einer höheren Lebensqualität für alle bei.

Gesellschaftliche Auswirkungen von Ungleichheit

höherem Konsum in Ländern mit größerer Ungleichheit.

Auch bei Bildung schneiden ungleiche Gesellschaften schlechter ab. Internationale Studien zeigen, dass der durchschnittliche Bildungsabschluss in Ländern mit größerer Ungleichheit niedriger liegt. Bei den Lese- und Schreibkompetenzen der Bevölkerung ist dieser Zusammenhang ebenfalls zu beobachten. Zudem ist die soziale Stellung von Frauen in ungleichen Gesellschaften schlechter. Bei der Einkommenslücke zwischen Männern und Frauen, dem Anteil von Frauen an Hochschulabschlüssen und dem Anteil von Frauen im Parlament haben Länder mit vergleichsweise geringerer Ungleichheit deutlich bessere Ergebnisse.

Schließlich zeigt sich auch bei Gewalt und Kriminalität, dass zunehmende Ungleichheit von einer Zunahme der Gewaltverbrechen begleitet ist. Auch die Zahl der Gefängnisinsassen ist in Gesellschaften mit mehr Ungleichheit höher.

Ökonomische Ungleichheit innerhalb der Gesellschaft steht somit in engem Zusammenhang mit dem Abschneiden eines Landes bei Gesundheits- und Bildungsfragen, mit der Höhe der Verbrechensrate und mit dem Wohlbefinden

der Bevölkerung. Alles deutet darauf hin, dass der Abbau von Ungleichheit der beste Weg zur Verbesserung unserer sozialen Lebenswelt und damit der Lebensqualität ist. Das gilt auch für die Wohlhabenden (Wilkinson/Pickett 2009).

Ist Ungleichheit eine Gefahr für die Demokratie?

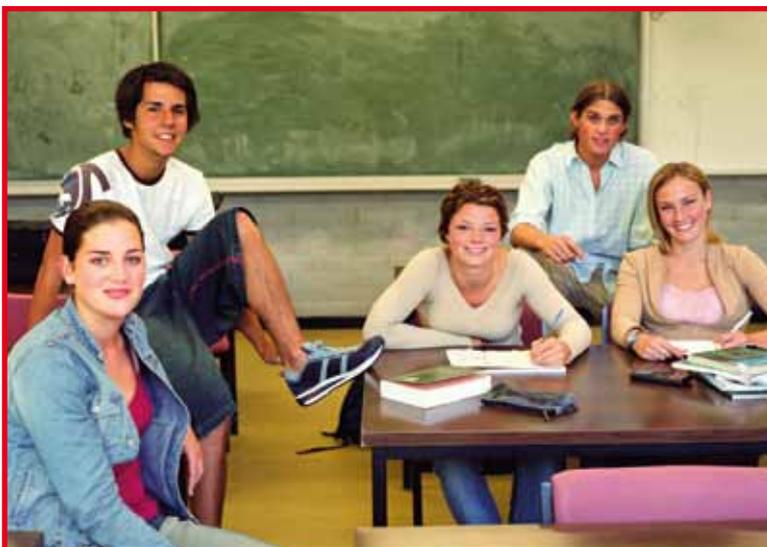
In der Demokratie gilt die Maxime eine Person hat eine Stimme. Jede Stimme ist bei der Wahl gleich viel wert – unabhängig davon, ob sie von einem reichen oder einem armen Menschen kommt.

Ein weiteres demokratisches Prinzip: vor dem Gesetz sind alle gleich. Dies beinhaltet auch, dass alle Bürgerinnen und Bürger denselben Zugang zum Recht, dieselben Einflussmöglichkeiten auf die Regierung und Gesetzgebung, sowie den gleichen Zugang zu öffentlichen Gütern wie Gesundheitswesen und Bildung haben.

Doch ist das wirklich so? Obwohl Österreich eine Demokratie ist, empfinden immer weniger Menschen, dass sie die Spielregeln tatsächlich mitbestimmen können. Sind manche nicht doch „gleicher“ als die anderen? Gibt es nicht Gruppen, die ihre Interessen eher durchsetzen und zu ihren Gunsten Einfluss nehmen können? Und welche Rolle spielt Ungleichheit in diesem Zusammenhang?

Soziale Ungleichheit beschädigt das Ansehen der Demokratie und das Vertrauen in die Politik (Stiglitz 2012; Schäfer 2010). Wenn Teilen der Bevölkerung die finanziellen Mittel zur Teilhabe fehlen oder sie die Hoffnung aufgegeben haben, durch politisches Engagement und kollektives Handeln die eigene Situation verbessern zu können, dann ist der Kern der Demokratie bedroht – nämlich die gleiche Berücksichtigung aller Interessen. Dann gehen ärmere Menschen weniger oft wählen und sind weniger oft politisch en-

Bei Bildung schneiden sozial ausgeglichene Gesellschaften besser ab. Internationale Studien zeigen, dass der durchschnittliche Bildungsabschluss in Ländern mit weniger Ungleichheit höher liegt.



gagiert. Auf der anderen Seite bedeutet reich zu sein, Macht und damit die Möglichkeit zu haben, Einfluss zu nehmen (Machtfunktion des Vermögens).

Wie wirkt sich das auf die Politik aus?

Vermögende Menschen und deren Unternehmen unterstützen politische Parteien, damit diese ihre Interessen vertreten. Sie lobbyieren gegen die Finanzmarktregulierungen und gegen Kapitalverkehrskontrollen. Sie haben die Möglichkeit, die Steuergesetzgebung zu ihren Gunsten zu beeinflussen. In Österreich ist die steuerliche Belastung der arbeitenden Bevölkerung gestiegen, während die steuerliche Belastung auf Gewinne und Vermögen gesunken ist. So ist die Nettolohnquote (Löhne abzüglich Sozialabgaben und Lohnsteuer) seit 1995 von 68,1 % auf 58,4 % im Jahr 2011, um 8,7 Prozentpunkte und damit stärker als die Bruttolohnquote (6,9 Prozentpunkte) gesunken (BMASK 2012). Nach Steuern und Transfers (netto) fiel der Anteil der LohnbezieherInnen am Gesamteinkommen also noch stärker als vor Steuern und Transfers (brutto). Durch Lobbyorganisationen beeinflussen Vermögensreiche die Spielregeln und AkteurInnen der Politik. In Brüssel gibt es zwischen 25.000 und 30.000 LobbyistInnen (ALTER-EU), die überwiegend die Kapitaleseite vertreten. Ihnen stehen nur einige wenige zivilgesellschaftliche Organisationen und VertreterInnen der Interessen von ArbeitnehmerInnen und KonsumentInnen gegenüber. Sie beeinflussen die nationale und EU-Gesetzgebung, damit Steueroasen und -privilegien bestehen bleiben: So war in den letzten Jahrzehnten zu beobachten, dass Reiche mehr Möglichkeiten haben, sich der Besteuerung zu entziehen. In allen Steueroasen der Welt stehen ihnen die Türen offen. Laut EU-Steuerkom-



© Robert Kneschke - Fotolia.com

missar Algirdas Semeta gehen durch Steuerbetrug und im Ausland verstecktes Vermögen den EU-Staaten jährlich 1.000 Milliarden Euro verloren.

Auch über Medien ist die Einflussnahme von Vermögenden möglich, wobei sich dieser Weg vornehmlich auf die Meinungsbildung der Bevölkerung bezieht. Immer mehr Medien gehören Großkapitalbesitzern (z.B. Berlusconi in Italien, Murdoch in England), auch die großen weltweiten Nachrichtenkonzerne Thomson-Reuters oder Bloomberg.

Über diese Kanäle kann der Staat öffentlich diskreditiert und das Bewusstsein seiner Schutzfunktion für das Allgemeinwohl geschwächt werden. Dem Staat soll nur noch eine Rolle zukommen: Rahmenbedingungen für günstige Wettbewerbsbedingungen schaffen, also Steuern auf Vermögen und Unternehmen zu senken, soziale Rechte abzubauen, aber gleichzeitig eine solide Infrastruktur und gut ausgebildete Arbeitskräfte sicherzustellen. Argumentiert wird damit, dass wir uns in einem weltweiten Konkurrenzkampf befinden, in dem der einzelne Staat nur wenig Bedeutung hat.

Wie weit geht diese Entwicklung?

Im Jahr 2011 prägte die deutsche Kanzlerin Merkel den Begriff der „marktkonformen Demokratie“. Das bedeutet,

In Österreich ist die steuerliche Belastung der arbeitenden Bevölkerung gestiegen, während die steuerliche Belastung auf Gewinne und Vermögen gesunken ist.

dass nicht mehr allein Bürgerinnen und Bürger als WählerInnen die Politik bestimmen, sondern dass sich die Demokratie den Regeln der Vermögensreichen, Finanzmärkte, Hedgefonds und Banken anpassen soll. Deren Interessen gelten als unumstößliche „Sachzwänge“. Es ist wichtig zu erkennen, dass in einer Demokratie das Vertrauen „der Märkte“ nicht wichtiger sein kann, als jenes der WählerInnen.

In Österreich (wie in vielen anderen westlichen Demokratien) nimmt das Misstrauen gegenüber der Politik zu. Bei 71 Prozent der befragten Wahlberechtigten ist das Vertrauen in die österreichische Politik in den vergangenen fünf Jahren gesunken (OGM 2012). Einerseits herrscht ob der vermeintlichen Sachzwänge ein Ohnmachtsgefühl vor (das sogenannte „Wutbürgertum“), andererseits wird ein politischer Stillstand beklagt. Tatsächlich wird ein gesellschaftlicher Konsens immer schwerer erzielbar, wenn sowohl die Interessenslagen als auch die Möglichkeiten Interessen durchzusetzen immer ungleicher werden. Diese Spaltung der Gesellschaft, die die Kompromissfindung erschwert, verstärkt die Politikverdrossenheit und erleichtert Lobbyorganisationen erst recht, Einzelinteressen durchzusetzen (Nowotny 2012).

Steigende ökonomische Ungleichheit führt damit zu mehr Ungleichheit in der Politik: Der Zugang zu EntscheidungsträgerInnen und Entscheidungen ist ungleich. Immer weniger BürgerInnen fühlen sich und ihre Interessen von der Politik vertreten. Damit sinkt mit stei-

gender Ungleichheit auch die Akzeptanz von und das Vertrauen in demokratische Institutionen. Je größer die soziale Ungleichheit, desto geringer ist das Vertrauen in Parteien und Parlamente und desto unzufriedener sind die Bürger mit der Funktionsweise der Demokratie (Anderson/Singer 2008).

Fazit

Verteilung hat viele Dimensionen, und Ungleichheit hat viele Nachteile. Darunter sind nicht nur wirtschaftliche, sondern auch gesellschaftliche, wie schlechtere Gesundheitssituation, geringere Bildung, eingeschränkte Gleichberechtigung und höhere Kriminalitätsraten, und politische, wie konzentrierte Macht und ungleiche Einfluss- und Teilhabemöglichkeiten.

Letztlich bleibt es immer auch eine Bewertungsfrage, wie viel Ungleichheit eine Gesellschaft aushält, und das Ausmaß an gesellschaftlich gewünschter Ungleichheit kann nicht präzise festgelegt werden. Aber den Menschen in Österreich ist in der weit überwiegenden Mehrzahl bewusst, dass die Schieflage zu groß geworden ist. Es ist klar, in welche Richtung sich Österreich bewegen sollte – hin zu weniger Ungleichheit.

Vermögenssteuern sind dafür ein wichtiger Schritt. Weil Vermögen so stark auf einige wenige konzentriert ist, treffen Vermögenssteuern einen kleinen Kreis und können dennoch ergiebig sein. Da zudem gerade die hohen Vermögen stark wachsen, würden Vermögenssteuern zumindest das Aufgehen der Schere etwas einbremsen.

Es ist klar, in welche Richtung sich Österreich bewegen sollte – hin zu weniger Ungleichheit.

ENTKRÄFTUNG GÄNGIGER ARGUMENTE GEGEN VERMÖGENSSTEUERN

Mythos: Doppelbesteuerung

Jeder Euro wird in Österreich im Jahr an unterschiedlichen Punkten im Wirtschaftskreislauf (also mehrfach) besteuert, das entspricht dem Wesen funktionierender Steuersysteme in westlichen Hocheinkommensländern. Mehrfachbesteuerung betrifft daher auch PensionistInnen, die mit ihrer bereits versteuerten ASVG-Pension die Miete zahlen oder Lebensmittel einkaufen, und auf dieses Geld nun nochmals Umsatzsteuer zahlen.

„Doppelbesteuerung“ wird jedoch gerne als Argument gegen Vermögenssteuern, unter anderem gegen die Erbschaftsteuer, ins Treffen geführt. Dabei kann gerade in diesem Fall nicht von einer Doppelbesteuerung gesprochen werden. Denn der/die Begünstigte hat für dieses einmalige leistungslose Einkommen noch nie Steuern bezahlt. Es wird daher zum ersten Mal besteuert.

Mythos: Wettbewerbsnachteil

Das Aufkommen aus vermögensbezogenen Steuern liegt in Österreich deutlich unter dem europäischen, aber auch dem OECD-Durchschnitt. Es ist daher unwahrscheinlich, dass Vermögenssteuern die Wettbewerbsfähigkeit österreichischer Unternehmen einschränken oder gar zu Abwanderung führen würden.

Selbstverständlich nimmt eine sinnvolle Ausgestaltung einer Vermögenssteuer auf die Verhältnisse der jeweiligen Unternehmen Rücksicht. Nach dem Reinvermögenszugangsprinzip etwa wird nicht das Unternehmensvermögen (anhand der Bilanzsumme) selbst, sondern nur das private Vermögen (Aktien oder Beteiligungen natürlicher Personen) besteuert. Vermögenssteuern sind zudem in der Regel mit großzügigen Freibeträgen ausgestattet, sodass insbesondere EigentümerInnen von kleinen und mitt-

Das Aufkommen aus vermögensbezogenen Steuern liegt in Österreich deutlich unter dem europäischen, aber auch dem OECD-Durchschnitt.



© Gina Sanders - fotolia

Entkräftung gängiger Argumente

leren Unternehmen gar nicht oder nur geringfügig betroffen wären. Als Beispiel kann die Schweiz dienen, in der die Vermögenssteuer ein beträchtliches Aufkommen erzielt, ohne dass es zu Kapitalflucht oder Massenabwanderungen kommt.

Mythos: Kein Steuer-aufkommen

Die vermögensbezogenen Steuern bringen in Österreich nur deshalb wenig, weil es kaum welche gibt: Österreich ist international unter den Schlusslichtern bei der Vermögensbesteuerung. Im Durchschnitt erwirtschafteten OECD-Länder durch vermögensbezogene Steuern 2010 mehr als das 3,5-fache von Österreich. Da Österreich zu den reichsten Staaten der Welt mit einer hohen Millionärsdichte zählt, würde eine Besteuerung selbstverständlich ergiebig sein. So brachte die in Österreich bis 1993 existierende Vermögenssteuer in diesem Jahr ein Aufkommen von 612 Mio. Euro. Zum Vergleich: 10 Jahre später betrug die viel diskutierten Studiengebühren nur rund 150 Mio. Euro. Nicht nur aufgrund des Vermögenszuwachses seit 1993, sondern auch aufgrund von besseren Gestaltungs-

möglichkeiten kann von einer neuen Vermögenssteuer ein deutlich höheres Aufkommen erwartet werden. Dieses hängt stark von der Ausgestaltung der Steuer, insbesondere der Bemessungsgrundlage und dem Steuersatz, ab. Je nach Modell gehen Schätzungen dabei von 400 Mio. bis 1,5 Mrd. Euro aus (vgl. Meichenitsch 2006, Berka/Thoman 2011).

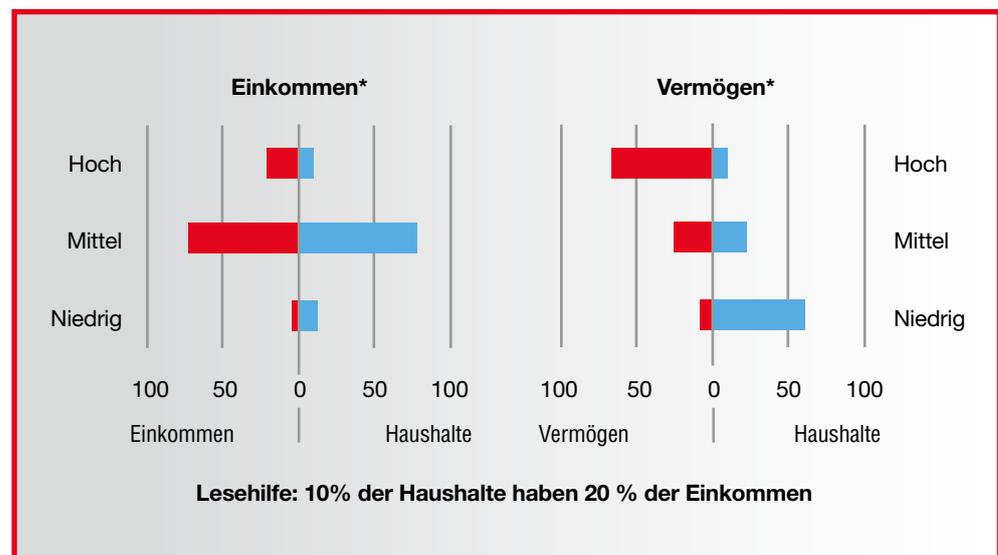
Mythos: Mittelschichtsteuer

Die hohe Konzentration von Vermögen in den Händen einiger weniger bedeutet, dass trotz großzügiger Ausnahmen („Freibeträge“) bedeutende Summen an Aufkommen erreicht werden können. Verfügt doch nur ein Fünftel der Haushalte über ein Nettovermögen von mindestens 330.000 Euro und weniger als 5% der Haushalte über ein Nettovermögen von über einer Million Euro. Noch deutlicher wird dies in Bezug auf Erbschaften. So wurde das Aufkommen der in Österreich bis 2008 wirksamen Erbschaftsteuer zu mehr als der Hälfte von nur 1,3% aller Erbschaften getragen. In zwei Drittel aller Fälle betrug die Erbschaft weniger als 7.300 Euro. (HFCS 2010)
Aus demselben Grund – der extremen Ungleichverteilung von Vermögen –

Grafik 8: Verteilung zwischen hohen, mittleren und niedrigen Einkommen und Vermögen im Vergleich in %

* Mittel: 60-180% des Medianeinkommens, bzw 60-180% des Durchschnittsvermögens

Quelle: HFCS 2010, Statistik Austria, EU-SILC



	Österreich	Platz im EU-Ranking	Eurozone (Euro-17)	EU-27
Steuern und Abgaben auf Arbeit	56,8%	1	53,4%	51,2%
Steuern von Kapitalgesellschaften	4,8%	22	5,9%	6,4%
Umweltsteuern	5,6%	24	5,8%	6,2%
vermögensbezogene Steuern	2,3%	24	6,0%	6,6%

können Vermögenssteuern die Mittelschicht kaum treffen. Die Mittelschicht hat nämlich bei Vermögen, im Gegensatz zu Einkommen, nur einen schmalen Anteil des Gesamtvermögens (siehe Grafik 8).

Bei den Einkommen gehören nach der Definition von Statistik Austria (2011) nicht ganz 80% der Bevölkerung zum mittleren Einkommensbereich, über 10% zum niedrigen und 10% zum hohen. Die mittleren Einkommen erhalten dementsprechend nicht ganz 75% des Gesamteinkommens. Der Anteil von hohen Einkommen am Gesamteinkommen macht etwa das Doppelte ihres Anteils an den Haushalten aus (20%), der Anteil der niedrigen Einkommen etwa die Hälfte (5%).

Bei Vermögen ist die Situation allerdings in keiner Weise vergleichbar. Zunächst umfasst die Mittelschicht bei Vermögen nur ein knappes Viertel aller Haushalte, während gute 60% der Haushalte nur geringe Vermögen besitzen. Hohe Vermögen machen über 10% aus. Die Verteilung der Vermögen zwischen diesen Gruppen ist ebenso verzerrt. Die mittlere Vermögensgruppe hat ein gutes Viertel der Vermögen, alle Haushalte mit niedrigen Vermögen besitzen unter 10% des Gesamtvermögens. Die Haushalte mit hohem Vermögen hingegen halten zwei Drittel des Gesamtvermögens.

Wie die Mittelschicht definiert wird, ist natürlich nicht unumstritten. Auch die Berechnung der Mittelschicht bei Ver-

mögen ist bis zur vollständigen Veröffentlichung der Daten des HFCS der OeNB nur näherungsweise möglich. Unter anderem muss dabei die Annahme getroffen werden, dass das Nettovermögen innerhalb der Dezile linear verteilt ist.

Klar ist dennoch, dass unabhängig von der Berechnungsmethode bei Vermögen ein viel kleinerer Teil der Bevölkerung der Mittelschicht angehört als bei Einkommen. Und dass die Gruppe der Haushalte mit mittleren und niedrigeren Vermögen einen sehr viel kleineren Teil der Gesamtvermögen besitzt. Vermögenssteuern, die die „breite Masse“ belasten, bringen daher in Österreich wenig Ertrag. Vielmehr ist der bei weitem überwiegende Teil des Aufkommens bei hohem Vermögen zu erwarten.

Mythos: Belastung der LeistungsträgerInnen

Nicht Vermögenssteuern, sondern Abgaben auf Arbeit bestrafen Leistung. Reichtum zu besitzen ist keine Leistung, ihn sich zu erarbeiten sehr wohl. Österreich schneidet aber bei der Leistungsgerechtigkeit des Steuersystems im europäischen Vergleich schlecht ab. Der Beitrag des Faktors Arbeit zum Gesamtaufkommen an Steuern und Abgaben war 2010, dem letzten Jahr mit verfügbaren Vergleichszahlen, in keinem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union so hoch wie in Österreich (siehe Tabelle 3).

Leistungsferne und leistungsfreie Einkünfte, also etwa Vermögenserträge,

Tabelle 3: Anteil der Steuern und Abgaben am Gesamtaufkommen 2010

Quelle: Eurostat

In der Schweiz wird die Vermögenssteuer ohne hohen Verwaltungsaufwand eingehoben.

Schenkungen oder Erbschaften werden in Österreich dagegen nur geringfügig oder gar nicht steuerlich belastet – hier befindet sich Österreich unter den Schlusslichtern der Europäischen Union. So ist in kaum einem anderen EU-Mitgliedsstaat der Beitrag von leistungslosem Einkommen zum Steueraufkommen so niedrig wie in Österreich (Platz 24 von 27). Im EU-Schnitt machen vermögensbezogene Steuern 6,6% des gesamten Steueraufkommens aus, in Österreich sind es hingegen nur 2,3% (Eurostat 2012). Durch Maßnahmen wie die Bankenabgabe hat der Anteil vermögensbezogener Steuern in Österreich zwar etwas zugenommen, es ist aber abzusehen, dass Österreich bei der Vermögensbesteuerung weiterhin deutlich unter dem europäischen Durchschnitt liegen wird.

Mythos: Schnüffelsteuer

Niemand hat ein Interesse daran, dass

Finanzbeamte alle Haushalte dieses Landes besuchen, um Hausrat und persönliche Gebrauchsgegenstände zu bewerten. Daher werden diese in der Regel von der Besteuerung ausgenommen. Das war etwa bei der in Österreich bis 1993 existierenden Vermögenssteuer der Fall und gilt auch in anderen Ländern, die eine funktionierende Vermögenssteuer haben, wie zum Beispiel in der Schweiz. Dort wird von den Steuerpflichtigen zu einem jährlichen Stichtag der Bruttovermögensstand angegeben. Aufgrund der periodischen Informationen sind die Steuerbehörden damit in der Lage, deren Plausibilität zu überprüfen. Wie dies heute schon etwa bei der Einkommenssteuer der Fall ist, reicht es damit aus, stichprobenartig vertiefende Prüfungen durchzuführen. Die Ermittlung der Bemessungsgrundlage für Vermögenssteuern und die Einhebung der Steuer ist somit ohne hohen Verwaltungsaufwand möglich.

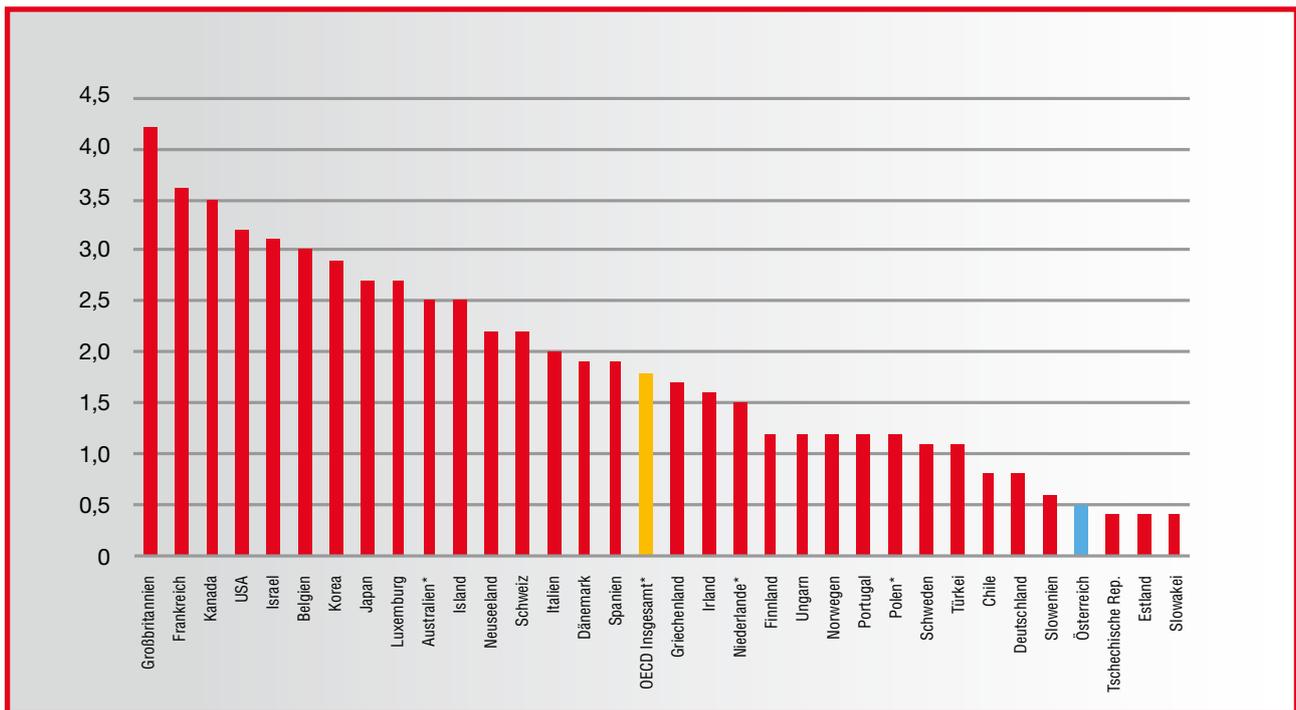
ARGUMENTE FÜR VERMÖGENSSTEUERN

1. Steuergerechtigkeit

Bei der Verteilung der Finanzierungslasten für öffentliche Aufgaben gilt das Leistungsfähigkeitsprinzip: Steuerpflichtige mit der gleichen Leistungsfähigkeit sollen auch gleich hoch besteuert werden (horizontale Steuergerechtigkeit). Steuerpflichtige mit ungleicher Leistungsfähigkeit müssen auch unterschiedlich besteuert werden (vertikale Steuergerechtigkeit). Kurz: Jede Person soll entsprechend der individuellen Leistungsfähigkeit Steuern zahlen. Dieses Prinzip gilt unabhängig von der Größe des Staatssektors, denn

es kommt auf die Verteilung der Steuerlast, die die staatlichen Leistungen finanziert, an.

Vermögen ist, wie Einkommen, ein Indikator für die wirtschaftliche Fähigkeit Steuern zu zahlen. Gründe dafür sind etwa, dass Vermögende leichter und günstiger Kredite erhalten können, oder dass sie am Arbeitsmarkt eine vorteilhafte Verhandlungsposition besitzen (Vereinigung der schweizerischen Steuerbehörden, 2010). Diese Leistungsfähigkeit bezieht sich selbstverständlich auf das Nettovermögen, also auf das Gesamtvermögen abzüglich Schulden.



Grafik 9: Vermögenssteuern in % des BIP, 2010

* 2009
Quelle: OECD

In Österreich wird Vermögensbesitz nicht entsprechend der Leistungsfähigkeit besteuert – eine Verletzung der horizontalen und vertikalen Steuergerechtigkeit. Vermögende tragen daher in Österreich nur einen sehr geringen Teil zur Finanzierung öffentlicher Güter und Dienstleistungen bei. So machten vermögensbezogene Steuern 2010 im OECD-Durchschnitt 1,8% des Bruttoinlandsproduktes aus, während es in Österreich nur 0,5% waren² (siehe Grafik 9). Österreich liegt damit am 24. Platz von 27 OECD-Ländern. Auch jüngste Maßnahmen wie etwa die Bankenabgabe werden diese Schieflage nicht berichtigen.

2. Leistungsgerechtigkeit und Chancengleichheit

Leistungsgerechtigkeit verlangt, dass Einkommen und Vermögen der (indi-

² Die unterschiedlichen Werte zu den Eurostat-Daten ergeben sich daraus, dass die OECD eine unterschiedliche Definition von vermögensbezogenen Steuern verwendet.

viduellen) Leistung entsprechen. Die Verteilung der Steuerlast steht aber in Österreich der Leistungsgerechtigkeit entgegen. So wird Einkommen aus Arbeit, das unmittelbar mit einer Leistung verbunden ist, hoch besteuert. Leistungsferne und leistungslose Einkommen werden kaum oder gar nicht besteuert. Dies gilt insbesondere für Schenkungen und Erbschaften, denen überhaupt keine Leistung der/des Begünstigten gegenübersteht, aber auch für Einkommen aus großem Vermögensbesitz.

Diese ungerechtfertigte steuerliche Ungleichbehandlung führt auch dazu, dass die Chancengleichheit in Österreich stark beschnitten ist. Wollen wir es als Gesellschaft wirklich denen, die sich ein Vermögen zu erarbeiten versuchen, schwer machen, damit wir diejenigen, die bereits eines haben, auf Wolken betten?

Denn es ist kaum möglich, durch Leistung in diesen kleinen Kreis von Personen, die bereits ein großes Vermögen

haben oder deren Vorfahren ein solches besitzen, vorzudringen. Menschen, die ihr Einkommen hauptsächlich aus Arbeit beziehen, werden es aller Wahrscheinlichkeit nach bis ans Ende ihres Arbeitslebens nicht schaffen, zu den „Reichen“ zu gehören. Selbst mit überdurchschnittlichem Arbeitseinkommen und eisernem Sparwillen ist es praktisch ausgeschlossen, sich ein hohes Vermögen zu erarbeiten (siehe Kasten „Durch Leistung zur Million?“). Vermögenssteuern, vor allem Erbschafts- und Schenkungssteuern, sind daher ein zentraler Ansatzpunkt für mehr Leistungsgerechtigkeit und Chancengleichheit. Nur mit Vermögenssteuern kann man sich dem Ideal annähern, allen Mitgliedern der Gesellschaft die gleichen Zugangs- und Verwirklichungsmöglichkeiten zu bieten. Das gilt insbesondere dann, wenn die Erträge für Maßnahmen eingesetzt werden, die diese positive Wirkung noch verstärken, wie etwa Kinderbetreuungseinrichtungen.

3. Verteilungsgerechtigkeit

Seit Ende der 1970er Jahre gewinnen in Österreich Einkünfte aus Vermögenserträgen, wie Mieten, Zinsen, Dividenden, oder Gewinne aus unternehmerischer Tätigkeit, an Bedeutung. Das zeigt sich etwa an der Entwicklung der Lohn- und Gewinnquoten: Der Anteil der Löhne am Volkseinkommen erreichte 1978 mit rund 77% seinen Höchststand und ging seitdem sukzessive zurück. Bis 2007 war die Lohnquote unter 65% gesunken. Zwar kam es krisenbedingt 2008/2009 zu einer gewissen Erholung, ab 2010 setzte sich der langfristige Trend jedoch wieder fort und die Lohnquote sank weiter.

Während Löhne und Gehälter für die meisten Menschen nach wie vor die primäre Einkommensquelle darstellen,

profitieren von Kapital- und Vermögenserträgen nur einige wenige substanziell. Das wird durch die OeNB-Daten belegt, die die extreme Konzentration von Vermögen in Österreich aufzeigen. Außerdem ist es praktisch unmöglich, sich große Vermögen im Laufe eines Arbeitslebens anzusparen (siehe Kasten „Durch Leistung zur Million?“). Dieser Befund wird durch die große Rolle, die Erbschaften für die Vermögensverteilung spielen, bestätigt. Vermögende Haushalte erben wesentlich häufiger, und auch deutlich mehr als vermögensärmere Haushalte.

Daher verlangt nicht nur die Steuergerechtigkeit, sondern auch die Verteilungsgerechtigkeit nach wirkungsvollen Vermögenssteuern. Aufgrund der extrem konzentrierten Vermögensverteilung ist mit angemessenen Freibeträgen der weitaus überwiegende Teil der Bevölkerung von der Besteuerung ausgenommen, und dennoch können Vermögenssteuern ein beträchtliches Aufkommen erzielen. Schließlich leisten Vermögenssteuern einen wichtigen Beitrag zu mehr Verteilungsgerechtigkeit, indem sie das weitere Aufgehen der Schere zwischen arm und reich zumindest verlangsamen.

4. Effizienter Einsatz von Ressourcen

Die Besteuerung von Vermögen hat auch positive einzelwirtschaftliche Effekte. Der Grund dafür ist, dass durch die Besteuerung Anreize gesetzt werden, das Vermögen möglichst effizient und gewinnbringend einzusetzen. Dies bedeutet etwa, dass ein Anreiz besteht, brach liegende Grundstücke entsprechend ihrer Widmung zu verwenden, um einen Teil der erzielten Erträge für die Vermögenssteuer aufwenden zu können. Ähnliches gilt für leerstehende Immobilien. In diesem Sinne hat eine

Vermögenssteuern leisten einen wichtigen Beitrag zu mehr Verteilungsgerechtigkeit, indem sie das Aufgehen der Schere zwischen arm und reich verlangsamen.

Vermögensteuer also nicht nur aus verteilungspolitischen Gründen positive Auswirkungen, sondern auch aus Sicht der wirtschaftlichen Effizienz.

Ein weiterer Grund für Vermögenssteuern ist das nachhaltige Wirtschaftswachstum, das die Folge einer stabilen Entwicklung der Nachfrage ist. Denn eine Eindämmung der Ungleichheit vermeidet die Risikoinvestments, zu denen Vermögende mit ihrer hohen Sparquote eher neigen, ebenso wie kreditfinanzierte Befriedigung von (Grund-) Bedürfnissen am anderen Ende der Einkommensskala. Stattdessen stabilisieren die positiven Absatzmöglichkeiten die Erwartungen der Unternehmen, was wiederum zu gleichmäßigen Investitionen führt. Eine gleichere Verteilung von Einkommen und Vermögen, zu der Vermögenssteuern beitragen, führt also dazu, dass (realwirtschaftliche) Wachstumspotentiale besser genutzt werden und der Entstehung von Krisen stärker entgegengewirkt wird.

5. Mehr Finanzmarktstabilität

Die zunehmende ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen ist eine Mitursache für die aktuelle Finanz- und Wirtschaftskrise, unter anderem weil Vermögende einen größeren Teil ihres Portfolios in risikoreichen und spekulativen Anlageformen halten.

Dabei profitierten insbesondere Vermögende von den Gewinnmöglichkeiten und der rasanten Entwicklung auf den Finanzmärkten. Nach dem großen Crash wurden diese Vermögenswerte durch die – mit öffentlichen Geldern finanzierte – Stabilisierung des Finanz- und Wirtschaftssystems abgesichert. Und im Gefolge der Staatsschuldenkrise können aus den hohen Zinsen für einige europäische Staatsanleihen Gewinne gemacht werden. Die Entwicklung der vergangenen Jahre liefert also



© Robert Kneschke – Fotolia.com

eine Fülle von Argumenten, die für einen stärkeren Beitrag von Vermögen zur Finanzierung der öffentlichen Haushalte und der Bedienung von Staatsschulden sprechen.

6. Finanzierung gemeinschaftlicher Aufgaben

Die Finanzierung des sozialen Sicherungssystems sowie öffentlicher Dienstleistungen erfolgt in Österreich in erster Linie über Steuern und Abgaben auf Arbeitseinkommen (Einkommensteuer und Sozialversicherungsbeiträge), Verbrauchssteuern und Unternehmenssteuern. So machen Sozialversicherungsbeiträge rund 14,5%, Einkommens- und Unternehmenssteuern 11,6% und Verbrauchssteuern 11,8% des Bruttoinlandsproduktes aus (siehe Grafik 10).

Währenddessen leisten vermögensbezogene Steuern nur einen minimalen Beitrag zur Finanzierung dieser gemeinschaftlichen Aufgaben. Im Verhältnis zum BIP beträgt das Aufkommen der Vermögenssteuern nur 0,5%. Es besteht also ein beträchtliches Ungleichgewicht in der Verteilung der Finanzierungslast.

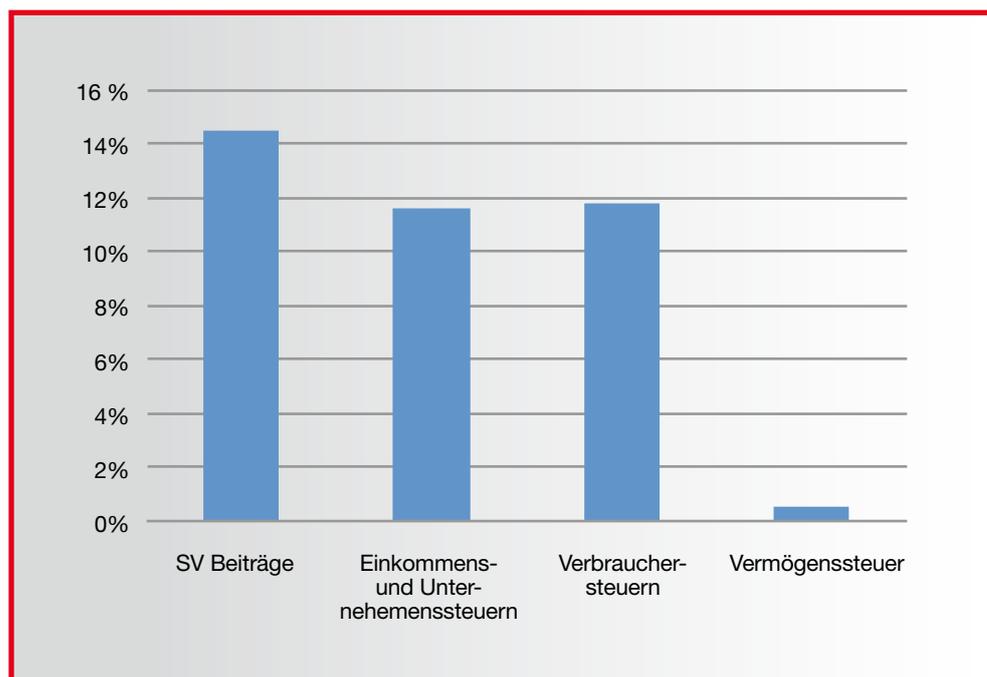
In anderen Ländern ist diese Schieflage deutlich geringer, so tragen Vermögen-

Eine gerechte Verteilung ist demokratisch wünschenswert, weil sie eine universelle Teilhabe der Menschen am politischen Geschehen ermöglicht.

Argumente für Vermögenssteuern

Grafik 10: Steuer- und Abgabenaufkommen in % des BIP in Österreich 2010

Quelle: OECD 2012



steuern etwa in Frankreich 3,6% oder in Dänemark 1,9% des BIP zur Finanzierung des Staates bei. Im OECD-Durchschnitt sind es immerhin 1,8%. Um die wachsenden Aufgaben des Staates etwa im Bereich der Daseinsvorsorge, vor allem bei der Kinderbetreuung, Pflege, Altersvorsorge und Bildung, finanzieren zu können, ist es notwendig, Vermögen stärker als Einnahmenquelle heranzuziehen. Das gilt insbesondere unter dem Druck der Budgetkonsolidierung, aber diese Quelle ist mittelfristig auch eine wichtige Grundlage um Arbeitseinkommen steuerlich entlasten zu können (OECD 2012).

7. Gesellschafts- und demokratiepolitische Argumente

Eine gerechtere Verteilung ist demokratiepolitisch wünschenswert, weil sie eine universelle Teilhabe der Menschen am politischen Geschehen ermöglicht. Sie stellt sicher, dass nicht einige wenige mit enormen Vermögen in der Lage sind, Medien zu beeinflussen, politische Parteien finanziell zu unterstützen, Lob-

byorganisationen zu engagieren oder ihren gesellschaftlichen Status für direkte Einflussnahme in der Politik zu nutzen. Auch aus sozialpolitischen Gründen ist eine weniger ungleiche Verteilung positiv. Denn wenn Gesellschaften ein gewisses Wohlstandsniveau erreichen, kann durch Wachstum kaum eine Steigerung des Wohlbefindens erreicht werden – Zufriedenheit wird dann stärker durch eine gerechte Verteilung beeinflusst.

Zudem zeichnen sich gleichere Gesellschaften durch bessere physische und psychische Gesundheit, höhere Bildung und Abschlussraten, größere Sicherheit und niedrigere Kriminalitätsraten aus. Die soziale Stellung von Frauen ist besser, und Partizipation an demokratischen Prozessen ist höher.

Vor diesem Hintergrund ist die Verringerung von Ungleichheit ein zentraler Schritt, um die Lebensqualität jeder/s Einzelnen – und der gesamten Gesellschaft – zu verbessern. Vermögenssteuern können dafür einen wichtigen Impuls geben.

DURCH LEISTUNG ZUR MILLION?

Wie viel Vermögen kann durch Arbeit – also durch Leistung – über ein Erwerbsleben erspart werden? Vier beispielhafte Darstellungen des Lebens je einer Person mit niedrigem, mittlerem und hohem Einkommen, und einer Person, die Karriere macht, gehen dieser Frage nach.

Als Grundlage dienen Daten zu Brutto- und Nettojahreseinkommen aus unselbständiger Beschäftigung der Statistik Austria und des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger. Die Personen sehen sich einem Sparzins von jährlich 5% gegenüber, sind über 45 Jahre ohne Unterbrechungen Vollzeit beschäftigt, und haben einen starken Sparwillen mit Vermögensansparquoten von 9 bis 15% (siehe Tabelle 4).

Eine Person mit niedrigem Einkommen, die ihr gesamtes Erwerbsleben an der Grenze zum unteren Einkommensviertel liegt, besitzt am Ende etwa 65.000 Euro. Die „Mittelschichtsperson“, die seit 1968 in der Einkommensmitte liegt und davon regelmäßig 11% in den Vermögensaufbau steckt, erspart bis zu ihrer Pensionierung immerhin knapp 140.000 Euro. Eine

„Karriere-Person“, die sich aus dem unteren ins oberste Einkommensviertel hocharbeitete und ihre Ansparquote entsprechend erhöhte, schafft ein Vermögen von gut 150.000 Euro. Eine „Hocheinkommens-Person“, die über ihr gesamtes Leben an der Grenze zum oberen Einkommensviertel liegt und 15% dieses Einkommens spart, kommt auf knapp 270.000 Euro.

Nun sind tatsächliche Lebensläufe sehr unterschiedlich: Einkommen ändern sich über die Lebensphasen, das Sparen ist in gewissen Lebensabschnitten höher oder geringer, und die Zinsen ändern sich laufend. Doch diese Beispiele zeigen, dass unselbständige Beschäftigte durch Leistung alleine kaum große Vermögen ansparen können.

Denn selbst bei eisernem Sparen, keinerlei Karriereunterbrechungen und sehr guten Zinsbedingungen bräuchte es einen Haushalt von zwei Personen – die sich angesichts dieser Vorgaben wohl kaum eine Familie leisten könnten –, um an eine halbe Million Euro Haushaltsvermögen und somit die obersten 10% heranzukommen.

Selbst bei eisernem Sparen, ist es schwierig, sich eine halbe Million Haushaltsvermögen zu erarbeiten.

In Euro, zu laufenden Preisen	Niedriges Einkommen	Mittleres Einkommen	Karriere	Hohes Einkommen
Nettojahreseinkommen 1968	1.400	2.300	1.400	3.400
Nettojahreseinkommen 2012	9.400	19.100	27.600	27.600
Quote der Vermögensansparung	9%	11%	9 - 15%	15%
Sparzins	5%	5%	5%	5%
Erspartes mit 30	2.400	5.100	2.400	9.900
Erspartes mit 40	8.900	19.200	11.800	37.200
Erspartes mit 50	22.600	48.300	36.300	93.000
Erspartes mit 65	63.700	139.600	151.000	268.700

Tabelle 4. Modelle der Vermögensansparung

Quellen: Statistik Austria, Hauptverband der Sozialversicherungen, eigene Berechnungen

FORDERUNGEN DER AK FÜR MEHR VERTEILUNGSGERECHTIGKEIT

Forderungen zur Verbesserung der Datenlage:

1. Regelmäßige Erhebung der Vermögensdaten: Die Vermögensforschung steht in Österreich erst am Anfang. Längere Zeitreihen sind für die Beantwortung wichtiger Fragen, zum Beispiel nach dem Vermögensaufbau, der Vermögensübertragung oder dem Effekt der Konjunktur auf Vermögen, unverzichtbar. Zudem ist eine stetige Analyse der Vermögensentwicklung eine notwendige Voraussetzung für das frühzeitige Erkennen künftiger Finanzkrisen. Staaten mit hoher Vermögenskonzentration, aber auch hoher Privatverschuldung sind ökonomisch instabil und besonders krisenanfällig.

2. Höhere Stichprobenziehung (Oversampling) von reichen Haushalten in der Erhebung: Entsprechend internationaler Standards sollte die

nächste Vermögenserhebung 2014 ein Oversampling der Reichen beinhalten, um eine genauere Erfassung der Vermögensbestände und damit die bestmögliche Datenqualität zu gewährleisten. Hier ist eine Kooperation mit dem Bundesministerium für Finanzen notwendig.

3. Armuts- und Reichtumsberichte:

Die Bundesregierung sollte, wie in Deutschland, im Sozialbericht mehr Gewicht auf den wissenschaftlichen Erkenntnisstand zu Armut und Reichtum legen. In Vorbereitung des Berichts könnten Studien vergeben werden, die sich mit wenig untersuchten Aspekten von Einkommen und Vermögen aus soziologischer, ökonomischer und politikwissenschaftlicher Sicht beschäftigen.

Forderungen zu mehr Verteilungsgerechtigkeit:

1. Gerechtere Verteilung der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung: Der fallende Anteil von Arbeitseinkommen am gesamtwirtschaftlichen Einkommen kann nicht alleine durch mehr Steuergerechtigkeit wettgemacht werden. Es braucht Maßnahmen, die eine Abkehr vom Shareholder Value begünstigen, wie zum Beispiel niedrigere Ausschüttungen von Dividenden zugunsten von Realinvestitionen und Löhnen.

2. Ausbau des Wohlfahrtsstaats und des Sozialsystems: Diese sind für die Beschränkung der Ungleichheit

in Österreich unerlässlich. Zudem haben sie sich beim relativ glimpflichen Verlauf der Finanz- und Wirtschaftskrise in Österreich als tragende Säulen der wirtschaftlichen Stabilität erwiesen. Der Zugang aller Bevölkerungsgruppen zum Gesundheits- und Bildungssystem ist essentiell für eine gerechte Verteilung von Lebenschancen. Vor allem bei Kinderbetreuung und Pflege besteht hier Nachholbedarf.

3. Einführung einer reformierten Erbschafts- und Schenkungssteuer

Der Zugang aller Bevölkerungsgruppen zum Gesundheits- und Bildungssystem ist essentiell für eine gerechte Verteilung von Lebenschancen.

mit **Freibeträgen** und einer Staffe- lung für nahe Verwandte. Erbschaf- ten sind Vermögenszuwächse wie andere Einkommen auch, und fallen damit unter eine Einkommenssteuer- besteuern im weiteren Sinne. Ar- beit muss sich in einer Gesellschaft lohnen, zu erben ist keine Leistung, die gegenüber Arbeit steuerlich be- günstigt werden sollte. Das Aufkom- men einer Erbschaftssteuer könnte der Finanzierung der steigenden Kosten der Pflegeleistungen dienen.

4. Vermögenssteuern auf hohe Ver- mögen: Arbeit wird hoch besteuert, Vermögen kaum: Große Vermögen müssen einen fairen Beitrag leisten. Der Großteil der Bevölkerung ist von einer sinnvoll gestalteten Vermö- genssteuer nicht betroffen. Mit einem höheren Anteil an vermögensbezo- genen Steuern werden nicht nur zu- sätzliche Mittel für Investitionen frei, weil Vermögenswerte zu „parken“ mit Vermögenssteuern teuer kommt und das Vermögen deshalb in Real- investitionen eingesetzt wird. Vermö- genssteuern sorgen gleichzeitig für eine gerechtere Einkommens- und Vermögensverteilung und dafür, dass das Aufgehen der Schere zwischen arm und reich gebremst wird.

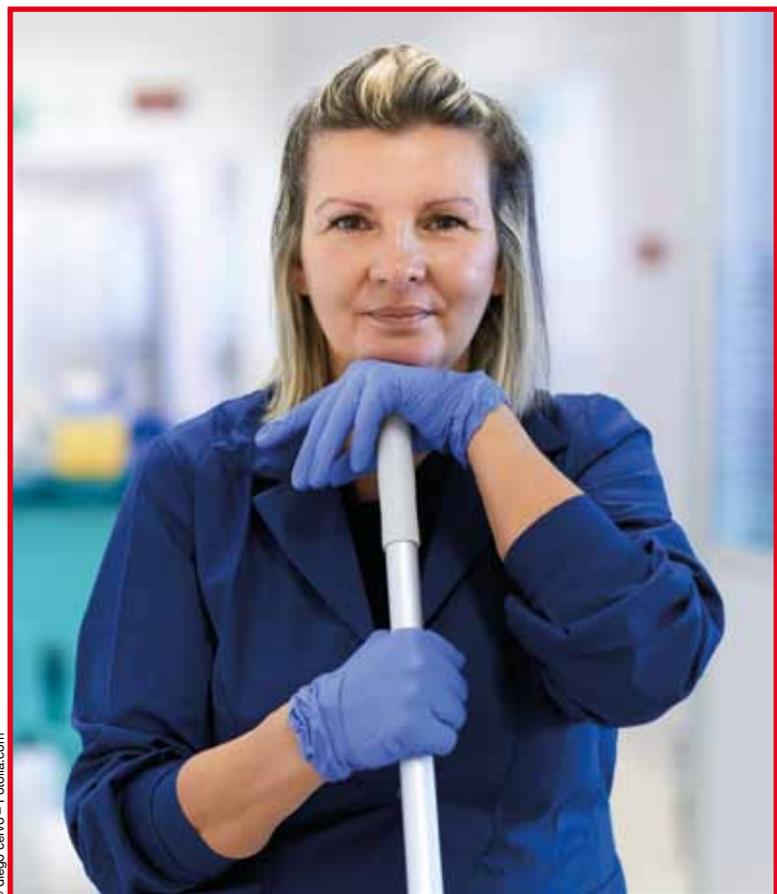
5. Umgehende Einführung der Fi- nanztransaktionssteuer und Re- gulierung des Finanzsektors: Es müssen Rahmenbedingungen ge- schaffen werden, die die Spekula- tion – insbesondere mit Nahrungs- mitteln – unattraktiv machen und so die Investitionen wieder stärker in die Realwirtschaft lenken. Das begün- stigt eine stabilere Entwicklung der Wirtschaft, trägt dazu bei, dass der Finanzsektor die ökonomische Ent- wicklung unterstützt anstatt sie zu

dominieren, ermöglicht eine gerech- tere Verteilung des Wohlstandes und schützt die Demokratie vor ungesun- der Vermögens- und Machtkonzent- ration.

6. Schließung von Steueroasen und ef- fektive Maßnahmen gegen Steu- erhinterziehung und -umgehung: Insbesondere hohe Vermögen profi- tieren von den Schlupflöchern in der Steuerarchitektur.

7. Harmonisierung der Steuerbemes- sungsgrundlagen und eine Beendi- gung des Steuersenkungswettlaufs in der Unternehmensbesteuerung: Gleichzeitig müssen Maßnahmen ge- setzt werden, um die effektive Steu- erleistung von Unternehmen wieder näher an den nominellen Steuersatz heranzuführen.

Arbeit muss sich in einer Gesellschaft lohnen.



© diego cervo - Fotolia.com

LITERATURVERZEICHNIS

Österreich: www.hfcs.at

Eurozone: www.ecb.int/home/html/researcher_hfcn.en.html

Acosta-Ormaechea, Santiago; Yoo, Jiae (2012): Tax Composition and Growth: A Broad Cross-Country Perspective. IMF Working Paper Nr. 257. Online verfügbar unter <http://www.imf.org/external/pubs/ft/wp/2012/wp12257.pdf>, zuletzt geprüft am 27.12.2012.

Alivernini, Andrea (2011): Household Wealth in Italy 2010. Hg. v. Banca D'Italia (Supplements to the Statistical Bulletin - Monetary and Financial Indicators, Year XXI - 14 December 2011; N° 64). Online verfügbar unter http://www.bancaditalia.it/statistiche/stat_mon_cred_fin/banc_fin/ricfamit/2011/en_suppl_64_11.pdf, zuletzt geprüft am 27.12.2012.

ALTER-EU (2012): Why Lobbying Transparency Matters. Online verfügbar unter <http://www.alter-eu.org/taxonomy/term/23>, zuletzt geprüft am 27.12.2012.

Anderson, Christopher; Singer Matthew (2008): The sensitive left and the impervious right. Multilevel models and the politics of inequality, ideology, and legitimacy in Europe. *Comparative Political Studies* 41 (4-5), S. 564-599.

Andreasch, Michael; Fessler, Pirmin; Mooslechner, Peter; Schürz, Martin (2012): Fakten zur Vermögensverteilung in Österreich. In: Sozialbericht des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, S. 249-267. Online verfügbar unter http://www.bmask.gv.at/cms/site/attachments/3/7/2/CH2171/CMS1353079209699/abschnitt_13.pdf, zuletzt geprüft am 27.12.2012.

Berg, Andrew G.; Ostry, Jonathan D. (2011): Inequality and Unsustainable Growth: Two Sides of the Same Coin? IMF Staff Discussion Note SDN/11/08, April 8, IMF. Online verfügbar unter <http://www.imf.org/external/pubs/ft/sdn/2011/sdn1108.pdf>, zuletzt geprüft am 27.12.2012.

Berghuber, Bernd; Picek, Oliver; Schratzenstaller, Margit (2007): Perspektiven der Erbschafts- und Schenkungssteuer. WIFO, Wien. Online verfügbar unter http://www.arbeiterkammer.at/bilder/d56/wifo_studie_schenkungssteuer.pdf, zuletzt geprüft am 27.12.2012.

Berka, Christopher; Thoman Josef (2011): Warum eine Vermögenssteuer in Österreich gerecht, notwendig und umsetzbar ist. In: *Kurswechsel* 4/2011. Online verfügbar unter <http://www.beigewum.at/wordpress/wp-content/uploads/Kuwe-4-11-Thoman-Berka.pdf>, zuletzt geprüft am 27.12.2012.

Biancotti, Claudia; D'Amuri, Francesco; Gambacorta, Romina; Ilardi, Giuseppe; Neri, Andrea; Rondinelli, Concetta (2012): Household Income and Wealth in 2010. Hg. v. Banca D'Italia (Supplements to the Statistical Bulletin - Sample Surveys, Year XXII - 25 January 2012 - N° 6).

Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (2011): Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in Österreich. Ergebnisse aus EU-SILC 2010. Tabellenband. Online verfügbar unter http://www.statistik.at/web_de/static/tabellenband_zu_eu-silc_2010_armuts-und_ausgrenzungsgefaehrdung_in_oeste_060385.pdf, zuletzt geprüft am 27.12.2012.

Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (2012): Sozialbericht 2011-2012, Gesamtausgabe. Online verfügbar unter http://www.bmask.gv.at/site/Soziales/Allgemeine_Sozialpolitik/Sozialberichte/Sozialbericht_2011_2012, zuletzt geprüft am 27.12.2012.

Conesa, Juan Carlos; Kitao, Sagiri; Krueger, Dirk (2009): Taxing Capital? Not a Bad Idea after All! In: *American Economic Review* Vol.99 Nr. 1, S.25-48.

Eurostat (2012): The taxation of property in the EU. In: Eurostat (2012): Taxation trends in the European Union. Data for the EU Member States, Iceland and Norway. Eurostat Statistical Books. S. 45-54. Online verfügbar unter http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-DU-12-001/EN/KS-DU-12-001-EN.PDF, zuletzt geprüft am 27.12.2012.

Fessler, Pirmin; Mooslechner, Peter; Schürz, Martin (2012): Household Finance and Consumption Survey des Eurosystems 2010. Erste Ergebnisse für Österreich. In: Geldpolitik & Wirtschaft (Q3/12), S. 26–67. Online verfügbar unter http://www.oenb.at/de/img/gewi_2012_q3_schwerpunkt_tcm14-250394.pdf, zuletzt geprüft am 27.12.2012.

Fitoussi, Jean-Paul; Stiglitz, Joseph E. (2009): The Ways Out of the Crisis and the Building of a More Cohesive World. OFCE Document de travail No 2009-17, Juillet 2009. Online verfügbar unter <http://www.ofce.sciences-po.fr/pdf/dtravail/WP2009-17.pdf>, zuletzt geprüft am 27.12.2012.

Glatzer, Wolfgang et al (2008): Einstellungen zum Reichtum. Wahrnehmung und Beurteilung sozio-ökonomischer Ungleichheit und ihrer gesellschaftlichen Konsequenzen in Deutschland. Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main. Online verfügbar unter <http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen/a381-forschungsprojekt.pdf>, zuletzt geprüft am 27.12.2012.

International Social Survey Programme (2009): Social Inequality IV. Daten online verfügbar unter <http://zacat.gesis.org/webview/index.jsp>, zuletzt geprüft am 27.12.2012.

Kennickell, Arthur B. (2009): Ponds and Streams: Wealth and Income in the U.S., 1989 to 2007. Hg. v. FED. Washington, DC. Online verfügbar unter <http://www.federalreserve.gov/pubs/feds/2009/200913/200913pap.pdf>, zuletzt geprüft am 27.12.2012.

Meichenitsch, Josef (2006). Realisierung einer Vermögenssteuer in Österreich. in: Kurswechsel 1/2006.

Nowotny, Thomas (2012): Substanzverlust der Demokratie. die zukunft 3/2012. Online verfügbar unter <http://diezukunft.at/?p=2474>, zuletzt geprüft am 27.12.2012.

OECD (2012): Revenue Statistics 2012.OECD Publishing.

OGM (2012): Demokratiebefund 2012. Online verfügbar unter <http://www.ogm.at/demokratiebefund-2012/>, zuletzt geprüft am 27.12.2012.

Piketty, Thomas; Saez, Emmanuel (2012): A Theory of Optimal Capital Taxation, NBER Working Paper No. 17989.

Schäfer, Armin (2010): Die Folgen sozialer Ungleichheit für die Demokratien in Westeuropa, Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft 2010/4, S. 131-156. Online verfügbar unter <http://link.springer.com/content/pdf/10.1007%2Fs12286-010-0075-9>, zuletzt geprüft am 27.12.2012.

Statistik Austria (2012): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung. Online verfügbar unter https://www.statistik.at/web_de/statistiken/volkswirtschaftliche_gesamtrechnungen/index.html, zuletzt geprüft am 27.12.2012.

Stiglitz, Joseph (2012): Der Preis der Ungleichheit: Wie die Spaltung der Gesellschaft unsere Zukunft bedroht. Siedler Verlag, München.

SORA (2011): Steuerpolitik und Verteilungsgerechtigkeit, Umfrage im Auftrag der AK-Wien.

Stockhammer, Engelbert (2011): Polarisierung der Einkommensverteilung als strukturelle Ursache der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise. Wirtschaft und Gesellschaft 37(3), S.378-402.

Tax Justice Network (2012): The Price of Offshore Revisited. New Estimates for “missing” Global Private Wealth, Income, Inequality, and Lost Taxes. Online verfügbar unter http://www.taxjustice.net/cms/upload/pdf/Price_of_Offshore_Revisited_120722.pdf, zuletzt geprüft am 27.12.2012.

Vereinigung der schweizerischen Steuerbehörden (2010): Steuerinformation: Die Vermögenssteuer natürlicher Personen. Bern.

Wilkinson, Richard; Pickett, Kate (2009): Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind. Tolkemitt Verlag, Berlin.

INHALT

DIE VERTEILUNG VON VERMÖGEN IN ÖSTERREICH	4
Wie hoch ist das Vermögen?	4
Wie ist das Vermögen in Österreich verteilt?	4
Wie setzt sich das Vermögen zusammen?	6
Wie stark ist die Vermögensschiefelage?	7
Wie viel Vermögen wurde geerbt?	7
Internationaler Vergleich	8
HINTERGRUNDINFORMATIONEN ZUR VERMÖGENSERHEBUNG	9
Häufig gestellte Fragen zur Vermögenserhebung	9
Die Daten im Vergleich	12
GESELLSCHAFTLICHE AUSWIRKUNGEN VON UNGLEICHHEIT	14
Ist Ungleichheit problematisch?	14
Wirtschaftliche Effekte von Ungleichheit	14
Soziale Aspekte der Ungleichheit	16
Ist Ungleichheit eine Gefahr für die Demokratie?	18
Fazit	20
ENTKRÄFTUNG GÄNGIGER ARGUMENTE GEGEN VERMÖGENSSTEUERN	21
ARGUMENTE FÜR VERMÖGENSSTEUERN	24
FORDERUNGEN DER AK FÜR MEHR VERTEILUNGSGERECHTIGKEIT ...	30
LITERATURVERZEICHNIS	32

Impressum

Herausgeber, Verleger: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20-22

Telefon (01) 501650, www.arbeiterkammer.at

Fotos Fotalia

Redaktion Manuel Melzer, Miriam Rehm, Christa Schlager, Josef Thoman

Offenlegung gemäß § 25 MedienG: siehe wien.arbeiterkammer.at/Impressum

Bestelltelefon 310 00 10 527

02Z034648 M

1. Auflage, Jänner 2013

AK

WIEN

www.arbeiterkammer.at

AK

WIEN

GERECHTIGKEIT MUSS SEIN